

Bezugspreise:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänisch, Socz. und Remischgebiet, Ostpreußen, Litauen, Lettland, 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Bismarck“ mit der Sonntagsbeilage „Holl und Heit“ mit „Stellung und Abergarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

MORWÖRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktionen: Zdenhof 292-295
Verlag: Zdenhof 2506-2507

Dienstag, den 17. Februar 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Direktion
der Postamt-Gesellschaft, Postfach 115, Lindenstraße 3, abgeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Komposition
zeile 10 Pfennig, Reklameseite
4.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“
das festschriebene Wort 20 Pfennig
(außerhalb zwei festschriebene Worte),
jedes weitere Wort 10 Pfennig.
Stellenangebote das erste Wort
10 Pfennig, jedes weitere Wort
5 Pfennig. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte.
Familienanzeigen für Abonnenten
Seite 20 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Bauamtgebäude, Berlin SW. 68, Linden-
straße 3, abgeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Verteidigungsschrift der Reichsregierung. Ein schlechtes Geschäft fürs Reich, ein gutes für die Reichen.

Die Denkschrift der Reichsregierung über den Ruhrstand
liegt vor. Man nimmt das staatliche Druckwerk zur Hand
und blättert es durch. 26 Seiten Text, 48 Seiten Anlagen.
Man beginnt die Darlegungen zu prüfen, man untersucht die
Zahlen. Man gewinnt den Eindruck: das ist die Ver-
teidigungsschrift einer Reichsregierung, die
vor dem Parlament und dem Volke schwer angeklagt ist!
Angeklagt der Verletzung des obersten verfassungsmäßigen
Rechtes der Volksvertretung, der Verletzung des
Budgetrechtes. Angeklagt, einer einzelnen Be-
völkerungsgruppe finanzielle Zuwendungen von
ungeheurem Ausmaß gemacht zu haben, deren sach-
liche Berechtigung, deren Ausmaß bestritten, deren Berechnung
mehr als zweifelhaft ist. Angeklagt, diese Summen da-
hingegen zu haben, ohne sich die Möglichkeit einer
Kontrolle über die Verteilung gesichert zu haben.
Das ist eine „Verteidigungsschrift“!

Man hätte erwartet, eine schlagende Beweisführung zu
finden, die aus der Not des Staates, aus der höchsten Be-
dürfnis der Lebensinteressen des Staates den Schritt der
Reichsregierung begründet hätte, sich über das Recht des Par-
lamentes hinwegzusetzen. Nichts von dem. Nur die Redens-
arten, die wir in den amtlichen Dementis nun schon wochen-
lang zu hören bekommen und an deren Ende immer wieder
die Frage steht: warum? warum? warum?

Man hätte erwartet eine eingehende Rechnungslegung,
eine Darlegung der Grundzüge, nach denen Schaden und
Schadenertrag berechnet worden sind. Hätte erwartet eine ge-
rechte Abwägung der Leistungsfähigkeit des
Staates und des Volkes auf der einen Seite und der
Lage derer, die den Schadenertrag forderten — mit der
Drohung der Staatszerstörung! — auf der anderen Seite.
Nichts von dem.

Man hätte erwartet eine Darlegung darüber, warum
gerade die Gruppen der Bevölkerung, die am reichsten und
mächtigsten sind, die in der Zeit der Not ihren Reichtum und
ihre Macht gestärkt haben, bevorzugt worden sind vor den
Massen der Bevölkerung, die im besetzten Gebiet, in Kampf
und Abwehr gegen die Invasion gelitten haben und heute
noch leiden.

Aber nichts, nichts, nichts von alledem! Das ist keine
Verteidigungsschrift. Das ist ein neuer Versuch, zu verschleiern,
wo im Namen der Gerechtigkeit und der Staatsmoral Auf-
klärung gefordert werden muß. Mit erschreckender Deutlich-
keit zeigen die Zahlen und Berechnungen dieser Denkschrift,
wohin wir unter dem Regime der Luther und Stresemann
gekommen sind. Da erscheinen die summarischen Grundzüge,
nach denen man in der Inflationszeit leichtfertig die Steuer-
gesetzgebung des Reiches behandelt hat. Mit souveräner Hand-
bewegung nach pauschalem Ueberschlag, ohne eindringende
Einzelkritik und Kontrolle ist über Gelder des Reiches ver-
fügt worden. Nicht über Papiersummen, sondern über Be-
träge die viele Hunderte von Goldmillionen
ausmachen. Da ist nichts zu finden von den peinlich
genauen Grundzügen der Finanzwirtschaft und der öffentlichen
Rechnungsschließung, die mit dem parlamentarischen System,
den Rechten und der Kontrolle des Parlaments notwendig
verknüpft sein müssen. Da treten Grundzüge in der
Staatswirtschaft zutage, die sich nur vergleichen lassen
mit den Grundzügen der Staatswirtschaft des
absolutistischen Systems aus längstvergangenen
Tagen. Die erste Einzelkritik, die wir im folgenden veröffent-
lichen, gibt einen Einblick in die Unsolidität der Grundzüge,
nach denen die Angelegenheit der Ruhrschädigung behan-
delt worden ist.

Diese Denkschrift der Regierung ist weder eine politische
Verteidigung, noch eine rechtliche Verteidigung, noch vermag
sie die innere Berechtigung des Ausmaßes der gegebenen Ent-
schädigungen und des eigenmächtigen Vorgehens der Reichs-
behörden beweiskräftig darzulegen. Das ist keine Verteidig-
ung, das ist die Rechtfertigung der Anklage!

Ueber all das hinaus aber geht die eine Feststellung:
700 Goldmillionen sind der Wirtschaftsgruppe zugeflossen,
von der nicht nur das ganze Volk, sondern auch die gesamte
wissenschaftliche Literatur mit vollem Recht behauptet, daß
sie in der Zeit der Inflation und des Ruhrkampfes es ver-
standen hat, eine gewaltige Wirtschaftsmacht zusammenzu-
schweißen. Die Reichsregierung, die sich von dem Verdacht
befreien wollte, dieser Gruppe obendrein noch Subventionen
auf Kosten des Volkes gegeben zu haben, mußte dem Volke
eine Generalbilanz vorlegen, ein Rechnungswert, das die Verluste des Reiches, seine Zuwendungen für
diese Wirtschaftsgruppe auf der einen Seite, die Entwürdigung

der Reichtumsverhältnisse dieser Wirtschaftsgruppe auf der
anderen Seite zeigen müßte. Nur auf dieser Grund-
lage können die Maßstäbe gefunden werden für die Be-
rechtigung der Entschädigungsforderungen
der Schwerindustrie des besetzten Gebietes wie für die Ent-
schädigungen, die das Reich gezahlt hat. Die Denk-
schrift der Regierung aber weicht einer sol-
chen Rechenschaftslegung aus. Mit keinem Worte
greift sie zurück auf die Verhältnisse der Schwerindustrie in
der Inflationszeit. Da ist kein Wort und keine Zahl zu
finden für die gewaltigen Inflationskredite der Schwer-
industrie. Nichts von Lohnsicherungen. Nichts von Erspar-
nissen für sogenannte unproduktive Ausgaben. Nichts von der
Verwendung dieser Gelder. Da hört man nichts von der Sonder-
steuer, die die Schwerindustrie der Arbeiterschaft des besetzten
Gebietes durch den Lohndruck auferlegt hat.

Diese Denkschrift ist keine Generalabrechnung. Sie ist
eine schlechte summarische Teilabrechnung,
deren Zahlen, wie die erste kritische Ueberprüfung zeigt, der
genauesten Nachprüfung bedürfen. Darin aber, daß
die Reichsregierung der stürmischen Forderung nach der Offen-
legung einer Generalbilanz ausweicht, tritt die große
politische Gefahr zutage, die in der Verschleierte-
rungs-
taktik der Regierung liegt, die ihrer eigenmächtigen Begünsti-
gung der reichsten und mächtigsten Wirtschaftsgruppe in
Deutschland nachfolgt. Diese Haltung der Regierung ist ein
Schlag ins Gesicht des Parlaments, ein Angriff auf die Rechte
der Volksvertretung, auf das Wesen des parlamentarischen
Systems. Diese Haltung unterwühlt die Grundlagen, auf
denen ein demokratischer Staat sich aufbauen muß: die voll-
kommenste Öffentlichkeit der gesamten Staats-
verwaltung und Staatswirtschaft, die Gerechtigkeit
gegenüber allen Staatsbürgern!

Aus der Denkschrift.

Die Ruhrschädigungsschrift ist ein Kulturdokumen-
tation des ersten Ranges — nicht wegen, sondern trotz ihrer Schö-
nheitsfehler. Der staunende Leser erfährt, daß die Regierung bei dem
Vergleich, den sie mit den Ruhrindustriellen abgeschlossen hat und
bei dem das Reich Hunderte von Millionen, wenn nicht mehrere
Milliarden über seine Entschädigungspflicht hinaus gezahlt hat,
noch etwas verdient hat! Freilich stand das Reich unter einem

außerordentlichen Druck derjenigen Ruhrindustriellen, die zu dem
Ruhrkrieg geraten hatten und die — nach Ludendorffschem Muster —
mit einem Ende des Kampfes binnen 2 bis 3 Monaten gerechnet
hatten. Die Hoffnung trug. Am 20. Oktober 1923 erklärte sich
ein Hugo Stinnes, auf dem ein erheblicher Teil der Verantwortung
am Ruhrabenteuer lastete, folgendes brieflich zu erklären:

Es müsse der nötige Zeitraum für Verhandlungen
unbedingt gewonnen werden, da sonst Rhein und Ruhr im preußi-
schen und vielleicht deutschen Staatsverband abgeschrieben werden
müßten.

Der große Kaufmann und Industrielle schreute vor einer er-
presserischen Drohung nicht zurück, um sein Ziel zu er-
reichen.

Wie der Vergleich zustande kam.

Die Entschädigungspflicht des Reiches für effektive Ruhrschäden
ist unbefristet. Niemand bestreitet sie. Aber warum dann diese
überstürzte Regelung ohne Befragung des Parlaments?
So erklärt es die Denkschrift:

„Die Frage war nur, wann und in welcher Weise diese
Verpflichtungen am vorteilhaftesten abgeklärt werden sollten. Die
bedenkliche Lage einzelner Unternehmungen und ganzer Industrie-
zweige erschien in den letzten Monaten des Jahres 1924 groß genug,
um den Gedanken einer baldigen Ablösung der Restverpflichtungen
des Reiches dringend nahezu legen. Durch eine schnelle
Regelung, die nur im Wege des Vergleichs durchführbar war, bestand
nicht nur die Aussicht, der Industrie Hilfe in ihrer finanziell be-
drohten Lage zu bringen, sondern vor allem die Möglichkeit, einen
bedeutenden Nachschuß ihrer Forderungen (!) und
damit einen finanziellen Vorteil für das Reich zu erzielen.
Eine schnelle Einlösung der Restverpflichtungen war auch not-
wendig, um nicht die späteren Etatsjahre, die mit den Dawes-
Annullitäten schon stark belastet sind, durch die Erstattung der Repara-
tionslasten an die Wirtschaft des Ruhr- und Rheingebietes noch mehr
zu belasten.“

Die Zahlungsform war in den früher eingegangenen Verpflich-
tungen des Reiches offen gelassen. Die Verpflichtung lautete auf
Zahlung in „Anleihe oder in anderer Weise“. Eine Ab-
findung in Anleihe brachte der Industrie keine wesentliche Hilfe. Es
wäre für die finanzielle und Währungsfrage gefährlich gewesen, wenn
größere Mengen der Anleihe auf den Markt gebracht worden
wären.

Andererseits war die Kassenlage des Reiches in diesen
Monaten für eine Barablösung günstig. Die Regelung durch
Vergleich erschien deswegen gerechtfertigt. Sie hat dazu geführt,

Marx geht vor den Landtag. Regierungserklärung am Mittwoch. — Severing bleibt.

Regierungserklärung am Mittwoch. — Severing bleibt.

Ein von der sozialdemokratischen Land-
tagsfraktion an den Ministerpräsidenten Marx gericht-
etes Schreiben über die Stellung der Fraktion zur der
Anregung der Bildung eines Kabinetts der Volksgemeinschaft
hat folgenden Wortlaut:

„Sehr verehrter Herr Ministerpräsident! Die uns gesandte
Antwort der Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volks-
partei auf die Frage nach einer Möglichkeit der Beteiligung an der
Regierung der Volksgemeinschaft

veranlaßt uns zu folgenden Bemerkungen:

Die Deutschnationale Volkspartei bekennt sich grundsätzlich zur
Volksgemeinschaft, wenn diese verstanden wird als Zu-
sammenfassung aller auf christlichem, nationalem und sozialem Boden
stehenden Volksträfte. Nach der Ehre von uns bekannten Termino-
logie der Deutschnationalen Volkspartei, welche die Sozialdemokratie
weder als christlich noch als national anerkennt, bedeutet das die Ab-
kehrung jeder Idee der Volksgemeinschaft, welche die Sozialdemo-
kratische Partei mit umschließt. Das Antwortschreiben der Deutschna-
tionalen Volkspartei entwickelt dann in der Einseitigkeit und den
vier Absätzen gewisse Ideen über die Politik einer Volksgemeinschafts-
regierung.

Für uns sind Regierungskoalitionen nie eine Ideen- oder Ge-
sinnungsgemeinschaft gewesen. Und soweit wir es verstehen, ist für
die Partei des Zentrums die Lage die gleiche. Wir haben stets
nur Regierungskoalitionen aufgefacht als

bestimmte Arbeitsgemeinschaften zur Erreichung bestimmter
praktischer Ziele.

In diesem Sinne haben wir uns zur Erörterung von Ihren Vor-
schlägen bereit erklärt. Das Schreiben der Deutschnationalen Volks-
partei vom 13. Februar enthält derartige praktische Vorschläge nicht,
sondern nur einige allgemeine Redewendungen, über
die endlos verhandelt werden könnte, ohne daß die praktische Frage
der Regierungsbildung auch nur einen Schritt vorwärts käme. Die
Fragen, welche für das Regierungsprogramm in erster Reihe zu

klären wären, sind die praktischen Befehlgebungs- und
Verwaltungsaufgaben, die an die Preussische Regierung
in den nächsten Monaten herantreten werden. Es wäre weiter zu
erörtern, wie der Fehlbetrag im Staatshaushalt zu
decken ist, wie insbesondere in Verbindung mit den Fragen der
Grundsteuer und Wertsatzsteuer der Schutz der wirt-
schaftlich Schwächeren sicherzustellen ist. Darüber hinaus wäre fest-
zusetzen, inwieweit die Fürsorge des Staates für alle
Hilfsbedürftigen ausgebaut und die Fortentwicklung auf
kulturellem Gebiete gefördert werden könne. Es wären Verein-
barungen zu treffen über die Fertigstellung der neuen
Städte- und Landgemeindeordnung, die Ausbreitung
republikanischen Geistes in der Verwaltung und den Schutz der
republikanischen Verfassung gegenüber den Elementen, die das Volk
in den Bürgerkrieg zu treiben suchen.

Das Schreiben der Landtagsfraktion der Deutschnationalen
Volkspartei vom 13. Februar enthält demnach zwar nicht die prak-
tischen Vorschläge, zu deren Erörterung wir uns bereit
erkennen, wohl aber eine grundsätzliche Ablehnung des Zusammen-
gehens mit der Sozialdemokratie. Unter diesen Umständen hält die
sozialdemokratische Fraktion des Landtages weitere Verhandlungen
über die Bildung einer Volksgemeinschaftsregierung für völlig aus-
sichtslos.

Im Anschluß hieran gestatten wir uns mitzutteilen, daß die sozial-
demokratische Fraktion heute mittags den Beschluß gefaßt hat, sich an
dem von Ihnen zu bildenden Kabinett mit Herrn Severing als ein-
zigen sozialdemokratischen Minister trotz schwerer Bedenken wegen
dieser nicht ausreichenden Vertretung zu beteiligen.“

Die Bildung des Kabinetts Marx dürfte nunmehr im
Lauf des heutigen Tages zur Tatfache werden. Am Mittwoch,
nachmittags 2 Uhr, gedenkt der neue Ministerpräsident dem
Landtag seine Regierung vorzustellen und ihr Programm dar-
zulegen. Die Rechte ist damit vor die Frage gestellt, ob sie
einen Ministerpräsidenten aus den Reihen des Zentrums mit
Hilfe der „Metha“ zu Fall bringen will.

über 200 Millionen Reichsmark gegenüber dem Betrage er-  
spart worden sind, der hätte aufgewendet werden müssen, um  
vollen Ersatz der Lieferungen und Schäden zu gewähren. Nach  
Abzug der bereits früher zu einem großen Teil in E-Schlag-  
anweisungen geleisteten Abschlagszahlungen und der seit November  
1923 erfolgten Steuererstattungen verblieb noch eine restliche  
Vergleichssumme von rund 222 Millionen Reichs-  
mark. Auch von diesem Betrage sind noch 110 Millionen Reichs-  
mark durch Uebernahme einer Kreditverpflichtung des Bergbaus  
bei der Reichsanleihe abgedeckt worden, so daß eine Barabfindung  
von 112 Millionen Reichsmark verbleibt.

Hier ist wieder von der rätselhaften Ersparnis die Rede,  
von der wir zu unserem größten Bedauern in der Denkschrift nichts  
entdecken konnten. Hätte man nicht schärfer nachprüfen müssen.  
Ist ein Vergleich immer die günstigste Lösung? Fraglich erscheint es  
immerhin. Warum aber fragte man nicht den Reichstag? Darauf  
antwortet die Denkschrift:

„Der Reichstag war aufgefüßt und die Reichsregierung befand  
sich in Demission. Den neuen Reichstag abwarten und die ent-  
sprechenden Gesetze einbringen, hätte eine Verzögerung um Monate  
bedeutet, durch die der Reichsfiskus des Vorteils bedeutenderer Er-  
sparnisse verlustig gegangen wäre, ganz abgesehen davon, daß in  
dieser Zwischenzeit weitere Ratenszahlungen auf die bestehenden Ver-  
pflichtungen hätten geleistet werden müssen. Um diesen Vorteil für  
das Reich zu sichern, wurden die Zahlungen auf Grund einer  
Staatsüberschreitung vorgenommen. Dabei bestand von  
vornherein die Absicht, sich später Indemnität erteilen zu  
lassen.“

Warum hat die Regierung nicht dem Ueberwachungs-  
auschuß des Reichstags Mitteilung gemacht?

Eingeweihte wollen wissen, daß von einem Indemnitätsgesetz  
der Regierung bis vor wenigen Wochen nicht die Rede war. Im  
Gegenteil: die Regierung war über die Pressemeldungen von dem  
Ruhrskandal geradezu überrascht, wenn nicht bestürzt. Davon  
zeugt doch schon die Tatsache, daß man auf die Denkschrift so lange  
warten mußte. Eine Regierung, die dem Reichstag von Höhe und  
Ausmaß der geleisteten Entschädigungen Mitteilung machen wollte,  
hätte die Denkschrift schon aus dem Korrektheitsbedürfnis heraus,  
das „Hochminister“ eigen sein sollte, vorgelegt, ehe die Presse sich  
damit beschäftigte.

### Zahlen, die man sich merken muß.

Die Denkschrift enthält u. a. zwei große Zahlenreihen, die über  
die Ausmaße und die Zahlungsweise der Ruhrsubvention Auskunft  
erteilen. Hier ist zunächst die

#### Gesamtaussstellung der geleisteten Zahlungen.

Industriegruppe	Gesamt- ent- schädi- gungs- betrag	Abschlagszahlungen		Rat- summe gemäß Ab- kommen
		in Bar zum gegen- wärtigen Steuer- aufrecha-	in E-Schlag- an- weisungen	
Ruhrkohle A.-G., unaff. Verg- bau, Hüttenindust., Kohlen- handelsgesellschaften und die von ihnen vertret. Kunden	556 000,0	227 000,0	148 000,0	188 000,0
Rhein. Braunkohlen-Syndikat	10 004,0	3 854,0	5 000,0	1 750,0
Rechen des Kärntner Reviers	9 798,5	—	4 252,5	5 546,0
Braunkohlenregiebetriebe	4 500,0	2 000,0	—	2 500,0
Chemische Industrie	50 000,0	20 000,0	15 000,0	15 000,0
Rheinischfahrl (vorausichtlich)	20 500,0	9 200,0	—	11 300,0
Wirtschaftsausschuß für die Besetzt. Gebiete (veranschl.)	15 000,0	—	—	—
Sonderverfahren (veranschl.)	25 000,0	—	—	—
	708 402,5	292 054,0	167 252,5	222 006,0

Interessant ist die andere Aufstellung, die angibt, wie der  
Ruhrbergbau im einzelnen abgefunden wurde und die obendrein  
noch zu erklären sucht, daß dem Steuerfiskus durch die übertriebene  
Regelung sogar noch Vorteile erwachsen sind. 186 Millionen Mark  
müßten noch hohen Vorschußleistungen in Bar bezahlt werden. Dem  
Betrag von 186 Millionen Reichsmark liegt folgende Schadena-  
berechnung zugrunde. In der Zusammenstellung sind in  
Klammer diejenigen Beträge angeführt worden, die bei einer  
vollen Bezahlung des Gegenwerts der Leistungen bzw. Auf-  
wendungen etwa erforderlich gewesen wären.

## Stilles Café.

Von Erich Gollgetreu.

Nicht überall löst die große Stadt, nicht an allen Ecken und  
Enden quetschen und drängen sich die Menschen — stille Winkel  
gibt es hier und dort, Oasen in der Steinwüste. Da sind die  
dunklen Höfe, die am liebsten jeder meidet, weil's unheimlich fast in  
ihnen geistert, da sind ruhige, alte Straßen, zu eng, zu gewunden,  
zu unwichtig für den Verkehr, da sind „Bars“ mit wenig Gebäum,  
„Eierplätz“ ohne Sandhausen — aber Papiersephen laubt's bei  
jedem Wirtstisch die Menge — da sind die unscheinbaren Läden auch,  
in denen niemand kauft; will's dennoch jemand tun, Klingel's erst  
einmal, Klingel's auch zweimal, ehe der Herr Chef dem Dunkel ent-  
schlüpft...

Und dann zwischen dem häßlichen Barmgetrieb überall die stillen  
Cafés! Ohne Musik, ohne Händlergeschrei, ohne Klatschgewäsch, ohne  
Hofdunkel ist's, leer sind die kalten Wärmepolster, ein  
Wischbecher, ein Unterfaß beledt hier schon. Verbleibende Tapeten  
leben an den Wänden, ihnen entleert man, was es hier gibt: vor-  
zügliche Zigaretten, gepflegte Biere, Weißbrot und Kaffee hoch-  
geerntet wird mitgeteilt, daß die Benutzung der Korbmöbel auf  
„eigene Gefahr“ geschieht, die der Garberohenhaut natürlich des-  
gleichen. Und die engbrüstige „Locher des Café-Hauses“ gersperst  
zwischen den Wänden umher hüpfend, obwohl man Phlegma vermuten  
könnte, so niedrig, als wenn sie irgend etwas Unbestimmtes suchte,  
und doch ist's um Entgegenkommen dem nächsten unbekanntem Gast.  
Warten auf neue Bestellung. Wirtinnen auch und Angstqual bis-  
weilen vorm Juchepresser „Jahnen!“ wollen sie hören, rechnen wollen  
sie können, Geld wollen sie sehen, Geld! Wer ist zu Gast, bei einem  
Wirt wundermild in unseren Stätten? Wer wäre selbst solch ein  
Wirt, wer könnte es sein?

Ist das eine „Beziehung“, über die der Wirt sich noch freuen  
soll, weil er schwer an ihr verdient? Ein Viehespaar, das viel, viel  
schönere Getränke sich schenkt als ihm der Wirt mit Kaffee Lee,  
Kaffee je bieten kann. Ein armer Reisender in Kämmer, Seifen,  
Stiefelwischen — in einer Stunde geht sein Zug, am Zeitunglesen  
liegt ihm mehr als an der Jech. Zwei Freundinnen, die fast den  
ganzen Nachmittag verplaudern — zwei Portionen Schlagobers essen  
sie zusammen (weil's eine für beide nicht gibt), lohnt das? Und ein  
junger Mensch — Kaffee und Kuchen: schön, aber statt zu schnapsen,  
schneibt er dieses Feuilleton, lohnt das??

Julia Klant befragt am 22. März unter Mitwirkung ihrer Tanzgruppe  
in einer Matinee im Theater am Kurfürstendam neu Tänze  
zur Aufführung.

Eine Kodeller-Stiftung für Dänemark. Die Internationale Gesund-  
heitsabteilung der Kodeller-Stiftung hat dem Dänischen Serum-Institut  
in Kopenhagen zum Zwecke des Ausbaus seiner Gebäude und Laboratorien  
die Summe von 1.100.000 Kronen übermietet. Es ist dies die dritte große  
Stiftung, die Dänemark in kurzer Zeit von dem Institut gemacht wird.

### A. Ricum-Lieferungen.

1. Kohlenlieferungen	289 200 000 M.	(289 000 000 M.)
2. Lieferung von Nebenprodukten	6 800 000	( 6 800 000 )
3. Laufende Kohlensteuer	41 400 000	(48 000 000)
4. Rückliegende Kohlensteuer	47 900 000	( 52 000 000 )

### B. Beschlagnahmen für Reparationszwecke (Restforderung)

1. Beschlagnahmen, soweit sie nach dem Kohlenfinanzvertrage zu entschädigen waren	68 750 000 M.	(100 000 000 M.)
2. Anderweitige Kohlenbeschlagnah- men bei den Zechen	5 050 000	(18 000 000)
zu 1 und 2 Galdenischäden	1 100 000	( 2 000 000 )
3. Sanitätskohlenhandelsgefell- schaften	4 000 000	(10 800 000)
4. Nebenprodukte	12 200 000	(20 000 000)
5. Grubenholz	400 000	(1 000 000)
6. Eisen und Materialkosten	25 000 000	(50 000 000)

### C. Sonstige Schäden.

1. Höhe und Abgaben	—	M. (10 000 000 M.)
2. Beschlagnahme Sonder- verfahrensachen	6 500 000	( 8 700 000 )
3. Beschlagnahme allgem. Art	—	—
4. Zinsen	26 700 000	(74 000 000)
5. Schäden der ehemaligen Regie- zechen	80 000 000	(85 000 000)
6. Verlust bei der Verwertung der E-Schlaganweisungen	16 000 000	(18 000 000)
	556 000 000 M.	(727 700 000 M.)

Es sind geleistet:

Zu Juni 1924	12 000 000 M.
„ Juli	36 000 000
„ Aug. E-Schlag- anweisungen	143 000 000
„ Sept. in Bar	31 000 000
„ Oktbr. in Bar	21 000 000
„ Novbr. in Bar	50 000 000
„ Dezbr. in Bar	35 000 000
Steuerumlage	—
Bzgl. Anrechnung	52 000 000 M.
	370 000 000 M. (370 000 000 M.)
bleibt zu zahlender Rest	186 000 000 M. (187 700 000 M.)

Wir haben an anderer Stelle bereits dargelegt, daß die Auf-  
stellung in wichtigen Positionen falsch ist. Immerhin ist die Auf-  
stellung von Wert, indem sie beweist, daß die großen Zahlungen  
erst Mitte 1924 begonnen haben. Die Sozialdemokratie ist, so  
lange sie in der Regierung war, bei der Beschlußfassung über diese  
Zuwendungen bemüht übergegangen worden. Die Verantwortung für  
die unparlamentarische Finanzpolitik fällt voll auf bürgerliche  
Regierungen zurück.

### Zur Kritik der Denkschrift.

Die Angaben der Denkschrift bedürfen der genauesten Nach-  
prüfung. Schon ein erster Ueberblick läßt erkennen, daß bei der  
Prüfung des Schadens und der Prüfung der Berechtigung der For-  
derungen der Schwerindustrie — namentlich des Ruhrbergbaus —  
die Reichsbehörden sich mit den Angaben der Interessenten und sehr  
rohen und nicht kontrollierbaren Ueberschlagsrechnungen begnügt  
haben. So stellt die Denkschrift Schäden und Entschädigungen  
einander gegenüber, ohne der Deffenlichkeit auch nur mitzuteilen,  
nach welchen Grundfragen Schadentrechnungen der Beteiligten auf-  
gestellt worden sind.

Erläuterlich ist bei alledem, daß trotz der geschickten Prüfer der  
Berechnung einige sehr erhebliche Quellen der Be-  
reichung für die Schwerindustrie erkennbar werden. An sich ist das  
kein Wunder. Der Reichswirtschaftsminister mußte in einem als  
Anlage wiedergegebenen Schreiben vom 12. Dezember 1924 anerkennen,  
daß gegen die Aufstellungen der Eastenabteilung des Bergbauvereins  
Einwendungen ebenfalls nicht auf Grund ge-  
nauer Kenntnis der Feststellungskosten des Ruhrbergbaus, sondern  
lediglich auf Grund von Schätzungen gemacht werden konnten.  
Schon das läßt auf die Möglichkeit schließen, daß der Ruhrbergbau  
seine Schäden recht willkürlich angeben dürfte, ohne daß eine stich-  
haltige Nachprüfung möglich gewesen wäre. Auf Grund derart

vager Schätzungen setzte man dann die in viele Hundert von  
Millionen gehenden Entschädigungsbeträge fest, und es wäre bei der  
Kalkulationstechnik der Schwerindustrie wirklich ein Wunder, wenn  
sie dabei schlecht gefahren wäre.

Zunächst eine allgemeine Feststellung. Es gibt immer-  
hin Rücksicht, die eine auch nur überschlagsweise Schätzung des Ver-  
hältnisses von Schaden und Schadenerfolg gestatten. Am 3. März  
1924 veröffentlichte der „Berliner Börsen-Courier“ eine Denkschrift  
der Eastenabteilung des Bergbauvereins. In dieser Denkschrift wurde der  
Verlust der Ruhrkohlenindustrie für Februar 1924 auf 5,27 Mark pro  
Tonne Förderung berechnet. Diese Zahl war viel zu hoch gegriffen.  
Eine eingehende Einzelkritik der Kalkulation würde zu dem Ergebnis führen, daß diese Zahl  
willkürlich hochgeschraubt worden ist. Legt man jedoch selbst diese Zahl  
zugrunde und überschlägt den Gesamtschaden, indem man Schaden  
pro Tonne Förderung mal Förderung rechnet, so ergibt sich ein  
Schaden nach Schätzung der Ruhrindustrie von rund 400 Mil-  
lionen Goldmark. Die Gesamtentschädigung an die Ruhr-  
industrie beträgt 556 Millionen Goldmark. Nimmt man  
von der Zahl der Unternehmer die notwendigen Abstriche vor, so  
ergibt sich, wech glänzendes Geschäft die Ruhrindustrie gemacht hat!

Die Denkschrift umfaßt die Entschädigungsleistungen für fol-  
gende Arten von Schäden: die durch die Gewalt erprehten Re-  
parationsleistungen, die durch Ricum-Verträge erprehten  
Reparationsleistungen, die privaten Regieschäden und  
Stilllegungschäden und endlich die Schäden nach dem so-  
genannten Sonderverfahren. Unter die letzteren fallen insbe-  
sondere die durch Verluste und Betriebsstilllegung der Befehlungs-  
behörden entstandenen Verluste sowie diejenigen, die durch Straf-  
maßnahmen und Wegnahme von Gebeständen verursacht wurden.  
Schon aus der Art dieser Zusammenstellung erkennt man, daß man  
jeden Anstoß, den die Schadenrechnungen erwecken konnten, zu be-  
seitigen suchte, indem man lediglich solche Schäden aufstellte, deren  
Erfolg grundsätzlich von jedermann als berechtigt empfunden werden  
muß. Es fragt sich nur, ob nicht ein solcher Erfolge bereits  
erfolgt ist und in welcher Form das geschah.

Sieht man sich z. B. in der Spezialaufstellung, die für den  
Ruhrkohlenbergbau gemacht ist, den

#### Erfolg der Kohlenlieferungen an die Easten

näher an, so findet man, daß für diesen Zweck 289,2 Millionen  
Reichsmark für insgesamt 14,6 Millionen Tonnen ausgegeben  
worden sind. Demnach zahlte man pro Tonne der auf die  
Ricum-Verträge gelieferten Kohle 18,43 Gold-  
mark. Das ist ein sehr erheblicher Betrag, wenn man sich daran  
erinnert, daß heute die Tonne Feinförderkohle ab Zeche 15 Gm.  
kostet. Man kann also annehmen, daß hier der volle Ver-  
kaufspreis erstattet worden ist. Wenn es also an anderer Stelle  
heißt, daß ein entgangener Gewinn nicht vergütet wurde, so spricht  
das erwähnte Beispiel dagegen. Noch deutlicher tritt das hervor  
bei der

#### Vergütung der Lieferungen von Kohlennebenprodukten.

Hier ist der Betrag von 6,8 Millionen Reichsmark nach den „ami-  
lichen Preisen“ ermittelt worden. Man wird doch nicht behaupten  
wollen, daß die amtlich festgesetzten Preise keinen Gewinn  
enthielten.

Die laufende Kohlensteuer wurde den Zechenbesitzern  
voll vergütet, ebenso die 18,3 Millionen Dollar, die auf Grund der  
Ricum-Verträge an „rückliegender Kohlensteuer“ aufzuwenden  
waren. Hierbei ergibt sich folgende Rechnung: es wurden erstattet  
47,9 Millionen Goldmark bar, von zwei anderen Positionen wurden  
37,2 Millionen Goldmark verrechnet. Die Summe ergibt 85,1 Mil-  
lionen Goldmark. 18,3 Millionen Dollar sind aber 76,9 Millionen  
Goldmark. Ist die Differenz von 8,2 Millionen Gold-  
mark etwa als Zinsvergütung gewährt worden, obgleich die Ent-  
schädigung für Zinsen in einer anderen Position verrechnet ist?

Geradezu erstaunlich ist das Vorgehen bei der Festsetzung der  
Entschädigung

#### für beschlagnahmte Kohle.

Das Reich hatte nach dem Kohlenfinanzvertrage die Verpflichtung  
übernommen, die auf den Zechen beschlagnahmte Kohle zu erstatten.

### Der liebende Bolschewik.

In der russischen Sowjetpresse wird gegenwärtig die sexuelle  
Frage sowie die Reorganisation des Familienlebens sehr eifrig er-  
örtert. Auch größere Schriften werden, natürlich aus Staatsmitteln,  
über diese Fragen herausgegeben. Es ist von Interesse, festzustellen,  
zu welchen Schlussfolgerungen die kommunistischen Reformer ge-  
langten.

So hat in Moskau im Verlag der kommunistischen Unioersität  
ein Herr Salkind ein Buch unter dem Titel „Revolution und Jugend“  
veröffentlicht. Er beginnt mit folgender Offenbarung: „Vom revo-  
lutionär-proletarischen Standpunkt ist eine rein physische sexuelle  
Reizung unzulässig!“ Nach diesem vielversprechenden Anfang  
folgen weitere Gefühlsblythe. Der wertvollste von ihnen ist wohl der  
Ratschlag an die Kommunisten, wie man sich von der Eifersucht,  
diesem kleindürgerlichen Gefühl, befreien könne. Der Ratschlag  
lautet: Wenn eine Frau ihren Mann verläßt, darf dieser nicht der  
Eifersucht verfallen, sondern muß sich an seine kommunistische „Zelle“  
wenden und die Frage zur Entscheidung stellen, wer besser ist, er  
oder der neue Mann seiner Frau. „Fällt das Urteil der Zelle“ —  
fährt Herr Salkind fort — „nicht zu deinen Gunsten aus, so finde dich  
mutig damit ab. Hat dich aber ein Unwiderstehlicher erfaßt, so bleibe  
dir das Recht vorbehalten, um die Zurückeroberung, um die Rückkehr  
der Fortgegangenen zu kämpfen. Geheißt dir das nicht, so bleibe dir  
noch immer das Recht, die Frau als einen Menschen zu verachten,  
der seinen Klassenstandpunkt verleugnet hat.“ (S. 89.) Das wäre  
nun wirklich eine gute Beschäftigung für alle kommunistischen Zellen.  
Wie wäre es übrigens, wenn die jetzt laut Befehl aus Moskau in  
allen Ländern ins Leben gerufenen „Zellen“, statt der nutzlosen  
Beschäftigung mit der Politik, von der sie doch nichts verstehen, sich  
mit der Zählung der eifersüchtigen Ehegatten beschäftigen würden?

Zum Schluß noch folgende Offenbarung aus dem kommuni-  
stischen Bekehrbuch, und zwar über die Frage der sexuellen Reizung  
von Kommunisten zu Frauen aus bürgerlichen Kreisen. Nach Ansicht  
des Verfassers bedeutet die Liebe zu einer Angehörigen einer feind-  
lichen Klasse eine ebensolche Entartung des sexuellen Ge-  
fühls wie die geschlechtliche Reizung eines Menschen zu einem  
Krokodil oder Drang-Utang. (S. 80.)

Dies alles klingt natürlich wie ein schlechter Witz. Aber dieser  
wie vielen anderen literarischen Mißgeburten liegt eine sehr wichtige  
Tatsache zugrunde: Die Unfähigkeit der Bolschewisten, die Probleme  
des persönlichen und des Familienlebens zu lösen und neue  
Lebensformen an Stelle der alten, zerstörten zu schaffen. Das  
Bedürfnis nach einem neuen System der menschlichen, familiären  
Beziehungen ist sehr stark in Rußland, das soeben die Grundlagen  
des alten Daseins, darunter auch die Grundlagen der hergebrachten  
Familie zertrümmert hat. Aber der Bolschewismus ist nicht im-  
stande, an Stelle der zerstörten Formen neue, bessere ins Leben zu  
rufen. Was er hervorbringt, ist literarisches Geschwätz.

Zwei Tanzabende. Hilde Schewior, die vorige Woche im  
Blüthner-Saal tanzte, hat sich im Laufe der Jahre eine treue  
Gemeinde erworben. Der eine liebt die große Wucht ihres „Revo-  
lutionärs“, der andere die affektische, auch in künstlerischem Sinn  
affektische, Gestaltung ihrer „Frau“, den Dritten erheitert die wichtige

Charakterstudie der „Göhre“. Man felerit die Schewior als „stumme  
Schauspielerin“. Daß sie keine Tänzerin ist, fühlen wohl die meisten.  
Tanz ist Rhythmus der bewegten Körperform. Und dieser mangelt  
ihr. Sie ist nicht einmal imstande, ihre pantomimischen Schwünge  
mit der Begleitmusik in steter Uebereinstimmung zu halten. Dadurch  
entsteht ein Zwiespalt, der für jeden unerträglich ist, dem eine Spur  
von rhythmischem Körpergefühl eignet. Aber auch wenn sie ihre  
Charakterpantomimen ohne Musik geben würde, bliebe der künstliche  
Wert zweifelhaft. Klug erfundene Masken von kleinen  
Momenbildern aus dem Leben. Eine einzige aus der Fülle und  
Tiefe quellende typische Gestaltung: „Frau“. Manches nur auf den  
äußeren Effekt gestellt, mit billigen Hilfsmitteln arbeitend, künstlich.  
Der „Revolutionär“ z. B. oberflächlich posierender Siegesallee-  
Anerkennenswert die mimische Verwandlungsfähigkeit und die meist  
eindrucksvollen Masken und Kostüme („Zulu“). Manche Stellungen  
und Bewegungsmomente mögen die Phantasie bildender Künstler  
anregen. Mit diesen Vorzügen aber hat Tanzkunst nichts, nichts,  
nichts zu schaffen.

Im August-Förster-Saal debütierten zwei jugendliche  
Gitta Cucuel und Lou Eggers. Die erste technisch, namentlich  
beimtechnisch fast vollendet. Aber ohne rechten künstlerischen Ernst  
und Ehrgeiz. Stellt ihr schönes Können in den Dienst von Kabarett-  
wirkungen und scheut selbst vor Requisiteuseherzen nicht zurück. Die  
zweite ernster, aber technisch noch unfertig. Wirkt oft wie ein Kopie-  
meister, der mit Armen und Händen der Russin den Takt gibt. Viel-  
leicht kann aus beiden etwas werden, wenn Lou sich entschließt,  
gründlich tanzen zu lernen, und Gitta strengste Selbstzucht übt. I. E.

Bildende Kunst und Proletariat war das Thema eines Vor-  
trags für die Volkshöhne von Prof. Hans Baluschek. Sämtliche  
Formalierungen waren so prägnant, daß wir bisher Säuigen  
dringend empfehlen, den zweiten, nunmehr gipfenden Teil zu  
besuchen. Diese Veranstaltung, über die dann mit dem ersten Abend  
zusammen hier berichtet werden wird, findet am 28. Februar, abends  
7½ Uhr, im Hörsaal der Kunstgewerbeschule, Prinz-Albrecht-Str. 7a, statt.

Toller-Aufführungen in Rußland. In Moskau und in Peters-  
burg sind mehrere Dramen von Ernst Toller zur Aufführung ge-  
langt. Die russische Kritik äußert sich im ganzen sehr anerkennend,  
teilweise wird bedauert, daß der Dichter Toller nicht immer so klar  
in seinen Tendenzen ist, wie der Politiker Toller. Der Politiker sei  
imstande, das Leben der Massen im Zusammenhang mit den politi-  
schen und wirtschaftlichen Bedingungen zu studieren und die Zu-  
sammenhänge zu erkennen, der Dichter dagegen sei ein typischer  
Expressionist, ein hamletischer Skeptiker, der alle von ihm zur  
Behandlung vorgenommenen Probleme mit dem Gift des Zweifels  
bespritzt. Aufgeführt wurden „Hintemann“ und „Der entsetzte  
Botan“. Mit dem ersten Stück ist die Kritik im ganzen sehr zu-  
frieden. Ueber die Botan-Komödie heißt es, es sei die denkbar giftigste  
Satire auf das heutige Deutschland.

Dr. Heinrich Bittner, Professor der Histologie, Anatomie und Embryologie,  
von der tierärztlichen Hochschule in Berlin ist zum ordentlichen Professor an  
der Universität in Sofia ernannt worden.

Zu diesem Zwecke hatte es zunächst einen wertbeständigen Kredit auf der Grundlage der Kohlenpreise gewährt. Das ist der sogenannte Kohlenfinanzkredit, dessen Höhe in der Denkschrift auf 44,78 Millionen Reichsmark beziffert wird. Bei der Abdeckung des Kredits wurde nun nicht etwa der Gestehungspreis vergütet oder derjenige Preis, den das Kohlenprodukt auf dem freien Markt hätte erzielen können, sondern der Preis, den die Kohle zurzeit der Kreditabdeckung hatte. Rechnet man nach, so erhält man einen Preis von 13,45 Gm. pro Tonne, der angerechnet worden ist. Gekürzt aber wurde die Kohle bereits im Jahre 1923 mit Gestehungskosten, die in Papiermark entstanden, also bei den Hungerlöchern der Inflation geradezu lächerlich gering waren. Hätte damals das Kohlenprodukt die Kohle am freien Markt abgesetzt, so hätte es allein infolge der damals geltenden Zahlungsbedingungen höchstens die Hälfte des Preises erhalten, den das Reich ihm später in Gold vergütet hat.

Das gilt sowohl für die Summe von 44,785 Millionen Goldmark, die ihm auf den Kohlenkredit angerechnet wurden, als für die Summe von 63,75 Millionen Goldmark, die bar erstattet wurden. Das bedeutet: In der Zeit der Reichsmark-Verträge hat die Ruhrkohlenindustrie durch die Generosität des Reiches mit der beschlagnahmten Kohle ein glänzendes Geschäft gemacht.

Sie hat dafür rund 55 Millionen mehr erlöst, als sie bei dem Verkauf auf dem freien Markt erzielt haben würde. Diese 55 Millionen bezahlen die deutschen Steuerzahler.

Das sind nur einige Stichproben, die zum mindesten das eine ergeben: daß das Reich bei der Entschädigung der Kohlenkarone und Eisenindustriellen viel weitherziger zu Werke gegangen ist als etwa bei der Abfindung kleiner Gewerbetreibender, bei der Entschädigung der Inflationsopfer und bei der Schadenserstattung für die vom Friedensvertrag schwer getroffenen Auslandsdeutschen. Sie zeigen aber auch, wie kritisch die Angaben der Schwerindustrie hingenommen worden sind, wie leichtfertig die Buchungen der Regierung sind, wie sehr zum Vorteil der Schwerindustrie gerechnet worden ist, und wie locker dem Reichsfinanzministerium das Geld für die Schwerindustrie geflossen hat.

## Die Tagung des Reichslandbundes.

Schutz Zoll. — Gegen die Republik. — Gegen Sozialpolitik.

Der Reichslandbund hat gestern mehrere Rundreden an Anlaß der landwirtschaftlichen Woche in Berlin veranstaltet. Die größte davon fand im Großen Schauspielhaus statt. Trotz des Trauertages für die Opfer des furchtbaren Grubenunglücks hatte man an mehreren Stellen schwarzweiße Trübsal. Auch der Saal und die Rednertribüne war so geschmückt. Der Besuch war ausgezeichnet, zahlreiche Delegierte der verschiedenen Landesverbände sowie einige Vertreter der Regierung und des Reichstags waren erschienen. Man hatte vermutet, der Präsident würde einige Worte des Bedauerns für die Opfer des entsetzlichen Grubenunglücks finden. Ja, er fand Worte des Bedauerns, aber für die verstorbenen Fürstendöhner... Nach einer kurzen Begrüßungsansprache an die erschienenen Gäste eröffnete der Präsident des Reichslandbundes, Graf von Kalkreuth, die Tagung.

Er ging davon aus, daß die Notlage der deutschen Landwirtschaft katastrophale Formen angenommen hat und das Jahr 1925 manchen Landwirt von Haus und Scholle treiben wird. Er beklagte die Sonderungspolitik der Reichsbank. Er ist erstaunt, daß das Kabinett den Mut gefunden hat, von Sozialversicherung und Sozialfürsorge zu sprechen. Solange das Geld dafür nicht aufgebracht werden kann, solange keine Sozialfürsorge geleistet werden. Die Pflicht geht vor Recht. Jeder Landwirt hat die Pflicht, seine Wirtschaft zu intensivieren. Das sei aber bei den jetzigen Verhältnissen nicht möglich, wenn die Zahlungsbilanz 3 Milliarden Unterbilanz aufweist und Deutschland ständig landwirtschaftliche Produkte vom Ausland einführt. Die Absicht der Regierung einer größtmöglichen Steigerung der Ausfuhr sei irrig. Vor allem müssen die Ausgaben herabgesetzt werden. Der Redner wandte sich dann scharf gegen die Handelsverträge, insbesondere gegen den spanischen Handelsvertrag, der mit Rücksicht auf den Export von deutschen Maschinen den Rosalembauer ruiniert habe.

In den Handelsvertragsverhandlungen können wir nur die formale Weisbegünstigung gewähren, die Erleichterung der gegenseitigen Weisbegünstigung bei den französischen Vertragsverhandlungen ist nicht notwendig, da Frankreich auf uns angewiesen ist. (1) Es sei grundrichtig, durch wirtschaftliche Opfer politische Erfolge zu erzielen. Das zeigt am deutlichsten der Dawes-Plan, der eine Verknechtung des deutschen Volkes an das internationale Finanzkapital ist. Es heißt nicht die Ausfuhr fördern, sondern den Innenmarkt stärken. Es müsse unbedingt das Agrarinstitut, die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt errichtet werden. Wir brauchen für dieses Institut keine staatliche Bevormundung. Es ist unmöglich, eine einseitige Bewertung der Hypotheken der Landwirtschaft vorzunehmen. Auch die Staatspapiere und die Kriessanleihe müssen aufgewertet werden. Es ist die Aufgabe des deutschen Volkes, sich vom Auslande unabhängig zu machen. Die Landwirtschaft kann das Volk ernähren und sogar landwirtschaftliche Produkte ausführen, wenn wirtschaftspolitisch die praktischen Möglichkeiten geschaffen werden. Der Reichslandbund wird für die höchste Leistungsfähigkeit eintreten, doch die Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Produkte, die von den Getreidebörsen des Auslandes abhängig ist, läßt es nicht zu. Wenn wir den absoluten Freihandel ohne Zwangswirtschaft gehabt hätten, wäre die heutige Lage der Landwirtschaft günstiger gewesen. Durch die Hochzollpolitik des Auslandes sei dies unmöglich gemacht worden. So müssen wir

### den Schutz Zoll auf der ganzen Linie

haben. Der Reichslandbund fordert Freiheit der Ausfuhr der landwirtschaftlichen Produkte, einen Schutz Zoll, wie er in der Vorkriegszeit für Industrie und Landwirtschaft bestand und den Schutz der Viehbestände gegen die Einschleppung der Maul- und Klauenseuche aus dem Ausland. Das Steuerwesen muß so gestaltet sein, daß ein allgemein gültiger Reichsgrundsteuerfuß gefunden wird, der das reine Einkommen aus dem Grundbesitz erfaßt ohne Berücksichtigung der Handarbeit am eigenen Betriebe. Das Vorgehen des Staates kommt einer Sozialisierung auf halbem Wege gleich. Dann kam zum Schluß der Redner auf die Verfassung zu sprechen. Es habe sich das Einkommenssystem als untragbar erwiesen. Die Ereignisse der letzten Zeit haben bürgerlich die Verwaltungsmethoden moderner Republiken beleuchtet. Heutzutage kann man Portemonnaie, Partei und Staat nicht mehr unterscheiden. (Dafür liefern die Schutzzöllner den besten Beweis! Die Red.) Es wird an der Zeit, daß das deutsche Volk sich seine Verfassung ansieht.

Es muß eine selbständige, mit größeren Vollmachten ausgestattete Regierung geschaffen werden.

Scharfe Angriffe richtete Graf von Kalkreuth gegen die Demokratische Partei, die im Reichstag eine Eingabe gegen den Landbund eingebracht hat. Die feindselige Haltung der Wirtschaftspartei bleibt ihm verständlich, da doch die Interessen Landbund und Mittelstand zusammenfallen. Der Arbeiter der Großstadt müsse sich überlegen, ob der Arbeiter sein Feind ist.

Am Schluß seiner langen Rede kam Graf von Kalkreuth auch auf die Stellung des Landbundes zum Außenpolitik zu sprechen. Seine Ausführungen gipfelten in dem bezeichnenden Ausspruch: Deutschland müsse endlich seine „frankhafte Unterwerfungssucht“ ablegen.

Die Ausführungen des Präsidenten des Reichslandbundes wurden häufig stürmisch beklatscht. Man fand den traurigen Mut, nach dieser zynischen Verhöhnung weiter Volkstreu und der Kampfanlage an alle, die sich nicht dem Nachhunger der Landbändler unterwerfen wollen, das Deutschlandlied zu singen.

## Der Oldenburg ist wieder da.

Die größte Frechheit, die sich die engstirnige Gesellschaft der Erologorier im Schauspielhaus erlauben konnte, war zweifellos das Auftreten des Herrn von Oldenburg-Januschau.

Der Januschauer ist berühmt geworden durch seinen Brief an den preussischen Minister Löbbecke, den er am 12. April 1915 unter dem furchtbarsten Druck der englischen Hungerblockade schrieb. Dieser Brief darf den Agrariern nicht vergessen werden. Der Januschauer schrieb:

### Liebste Excellenz Fröh!

Im Begriff, nach Polen auf meinen Posten zurückzukehren, danke ich Gott, die Schere mit den Gütern und der Zückerwahrung los zu sein. — Es ist auf dem Lande sehr tatsächlich unerträglich mit den täglich wechselnden Verordnungen. Ich bestelle 500 Morgen überhaupt nicht, und so machen es viele. Weil die Unsicherheit der Ernte und der Bestimmungen zu groß ist. Die Sache mit den Kartoffeln ist sehr einermachen verunsichert, von den Schweinen wird die Hälfte in der Pöttekonne verkauft. Die Ernterücklage auf dem Lande ist sehr groß und wird sich nach dem Kriege entladen.

Diesen Mann lassen die Herren vom Reichslandbund eine Begrüßungsansprache an die verarmte Mannschaft von „Art und Halm“ richten. Wer wie der Januschauer während der englischen Hungerblockade solche Briefe schrieb, beging — mindestens in der Schreibweise deutschnationaler Blätter — Landesverrat. Aber was macht das? Der Januschauer sinkt darum in der Achtung seiner Standesgenossen nicht. Der Reichslandbund braucht sich nicht zu wundern, wenn die Uraben über „Steuerbolschewismus“ usw. danach bewertet werden.

## Die Deutschen-Verhaftungen in Moskau.

Man braucht Ausstanzgefängnisse.

Die sozialdemokratische Fraktion hat bekanntlich vor einigen Wochen eine kleine Anfrage über das Schicksal zweier in Moskau verhafteten deutschen Studenten, Kindermann und Wolfski, im Reichstage eingebracht. Einzelheiten über diese Angelegenheit, die die völlige Rechtslosigkeit der Deutschen in Russland und die unglaublich brutale Behandlung der Gefangenen in den Sowjetkern dardun, sind inzwischen in der „Frankfurter Zeitung“ und im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht worden. Nun kommt auf Grund eines Artikels in der „Jawestija“ eine offizielle Darstellung aus Moskau, wonach die gefangenen deutschen Studenten der Organisation „Consul“ angehörten, mit gefälschten Papieren nach Rostau gekommen seien und dort im Auftrage einer deutschen sowjetischen Organisation Attentate auf hervorragende kommunistische Staatsmänner verüben wollten. Außerdem wird den verhafteten Studenten vorgeworfen, daß sie im Auftrage deutscher Firmen „Wirtschaftsspionage“ in Russland treiben wollten.

Wer die Praktiken der russischen Tscheka und der hinter ihr stehenden Sowjetregierung kennt, wird über diese offizielle russische Darstellung nicht erstaunt sein. Es gehört, wie aus unzähligen Fällen bekannt ist, zu den ständigen Gepflogenheiten der russischen Justizbehörden und der mit ihnen eng liierten Tscheka, alle mißliebigen Personen, die aus irgendwelchen Gründen den Jorn der Behörden auf sich gelenkt haben, nicht nur einzuferkern, sondern auch zu verleumben und zu verunglimpfen. Wo es notwendig erscheint, werden auch die erforderlichen „Dokumente“ gefälscht oder die bei den Verhafteten gefundenen Schriftstücke werden in einer Weise interpretiert, die in der Öffentlichkeit für die Gefangenen ungünstig sein muß. Da diese der Willkür der Behörden preisgegeben sind und von keiner Seite Hilfe finden, behält in allen Fällen die Tscheka Recht, und die Gefangenen sind wehrlos ihrem Schicksal preisgegeben.

Nach dieser Methode scheint man in Rostau auch in der Angelegenheit der beiden verhafteten deutschen Studenten zu verfahren. Der deutschen Botschaft wird einfach erklärt, daß es sich um Fälscher, Spione und Terroristen handle, und zum Beweise dieser Behauptung werden von den geübten russischen Dokumentenfälschern angeblich „authentische dokumentarische Unterlagen“ vorgelegt. Was für's, daß die offizielle russische Version so widersinnig wie nur möglich ist, und daß die beiden gefangenen deutschen Studenten, von denen einer der kommunistischen Partei Deutschlands angehört, mit völlig ordnungsmäßigen Papieren, die in der russischen Botschaft in Berlin nachgeprüft wurden, nach Russland gekommen sind! Mit großartiger Geste werden alle diese Dokumente als „gefälscht“ erklärt, und die deutsche Botschaft in Moskau scheint von der Wahrheitsliebe der russischen Behörden so durchdrungen zu sein, daß sie ihre Erklärungen als bare Münze nimmt, statt gegenüber den offiziellen russischen Vertretern jene Sprache zu finden, die allein in Rostau verstanden werden würde.

Gerade die offizielle Darstellung des Falles in der „Jawestija“ macht die bisherige Vermutung zur Gewissheit, daß die Rostauer Regierung den an sich bedeutungslosen Fall der beiden verhafteten deutschen Studenten, die keine Politiker und keine Verschwörer, sondern noide etwas abenteuerlustige Schwärmer sind, zu einer Staatsaktion aufgebauscht hat, um sich in der Person der beiden Studenten Ausstanzobjekte für jene Sowjetagenten zu sichern, die seit Jahr und Tag ihr verbrecherisches Unwesen in Deutschland treiben. Der Leipziger Tscheka-Prozess hat nur einen kleinen Teil dieses verbrecherischen Treibens aufgedeckt, das die russische Regierung schwer belastet. Als Gegenaktion wird nun die offizielle Darstellung über den Fall der beiden verhafteten deutschen Studenten in die Welt gesetzt. Dieses Ablenkungsmanöver darf unter keinen Umständen hingenommen werden, es muß vielmehr von den zuständigen Stellen erwidert werden, daß sie für die gefangenen deutschen Studenten wie für die übrigen in russischen Kerker schmachtenden deutschen Gefangenen mit aller gebotenen Energie eintreten.

## Richter in Ruhestand.

Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, hat das Staatsministerium durch Beschluß vom 14. Februar den Berliner Polizeipräsidenten Richter auf Grund der Verordnung vom 26. Februar 1919 mit sofortiger Wirkung in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Im Gegensatz zu anderen Blättern, auch demokratischen, fehlt sich die Charlottenburger „Neue Zeit“ für Richter ein. Sie erinnert an seine Tätigkeit als Polizeipräsident in Charlottenburg und u. a. auch daran, wie er während der Spartakus-Unruhen im Januar 1919 dem aus seinem Hause vertriebenen „Borwärt“ in den Räumen der „Neuen Zeit“ ein Asyl verschaffte, und sie schließt:

„Hat er sich so in den sechseinhalb Jahren seiner Amtsführung zu einem tüchtigen, angesehenen Fachmann entwickelt, so kann man

ebenfalls feststellen, daß er eine durch und durch in sich gefestigte Persönlichkeit ist, dem weder eine passive Befestigung, noch sonst irgendeine Amtsverletzung zuzutrauen ist. Richtig ist allerdings, daß er vielleicht nicht immer den richtigen Umgang gewählt und Kriegs- und Revolutionsgewinnlern in die Hände gefallen ist, die seine Stellung auszunutzen versuchten; aber wir glauben sagen zu können — der Schreiber dieser Zeilen hat es gelegentlich mit angesehen —, daß es wirklich nur beim Versuch geblieben und daß Richter keineswegs daran dachte, irgendwelche gesellschaftlichen Gefälligkeiten, die man ihm erwies, durch irgendwelche Amtshandlungen zu vergelten; und wenn er überhaupt derartige gesellschaftliche Gefälligkeiten annahm — glaube er aus seiner natürlichen Natürlichkeit heraus, daß sie ihm selbst und nicht etwa dem hohen Beamten galten. So wird er, wie wir überzeugt sind, sicherlich makellos aus jeder Untersuchung hervorgehen.“

## Die Quellen des „Lokal-Anzeigers“.

Unentgeltliche Materiallieferung?

Der „Lokal-Anzeiger“ mit ihm die ganze Rechtspreffe fährt mit Vergnügen fort, im Privatleben der „belasteten“ Persönlichkeiten der Linken herumzuspinneln. Zwar weiß man ganz genau, daß dabei nichts herauskommen wird, aber wie bekannt, gilt der schöne und erhebende Grundsatz, daß immer etwas hängen bleibt. So veröffentlichte der „Lokal-Anzeiger“ gestern eine Liste von fünf Personen, die angeblich vom Staatsanwalt in den „Angelegenheiten“ des Polizeipräsidenten Richter vernommen sein sollen. Zu welchem Ergebnis diese Vernehmung geführt hat, wird nicht verraten. Aber immerhin — man hat vernommen —, irgendetwas wird also Gegenstand der Vernehmung gewesen sein. Der Spiehbürger ist beruhigt, daß der Staatsanwalt wacht. Bald wird die ganze Sozi-Pest ausgerottet sein.

Der „Lokal-Anzeiger“ fügt an das Ende seiner von so sympathischem Reinlichkeitsbedürfnis zeugenden Berichterstattung folgende Bemerkung an:

„In der Linkenpresse ist angedeutet worden, daß unsere Informationen in der Barmal-Angelegenheit von Beamten der Staatsanwaltschaft oder der Kriminalpolizei herührten, die uns gegen Entgelt Material lieferten. Wir möchten, um diese Verdächtigungen nicht erst weiter um sich greifen zu lassen, ausdrücklich feststellen, daß diese Andeutungen jeder tatsächlichen Grundlage entbehren.“

Also gegen Entgelt hat der „Lokal-Anzeiger“ seine Nachrichten bekommen. Wir wären ihm sehr dankbar, wenn er uns dann ebenso präzise auf die Frage antworten würde, ob er etwa seine Nachrichten von den Beamten der Staatsanwaltschaft oder der Kriminalpolizei ohne Entgelt erhält. Der „Lokal-Anzeiger“ wird zugeben, daß mit oder ohne Entgelt in diesem Falle in der Bewertung nicht viel Unterschied ausmacht.

## Der Staatsanwalt war es nicht.

Justizrat Dr. Löwenstein macht uns darauf aufmerksam, daß er nicht eine Anzeige gegen die Staatsanwaltschaft erstattet habe. Seine Anzeige richtete sich vielmehr gegen die Stelle, welche der Presse die Nachricht über das gegen die Rechtsanwälte Engelbert und Werthauer eingeleitete Ermittlungsverfahren der Öffentlichkeit übergeben habe. Nach der BS-Korrespondenz handelt es sich um das Justizministerium. Die Öffentlichkeit hat in der Tat ein großes Interesse daran, über die sehr dunklen Quellen all dieser Detailnachrichten einwandfrei informiert zu werden. Eine restlose Aufklärung wäre dringend erwünscht.

## General Walsh nach Paris gereist.

Berlin, 15. Februar. (WZB.) General Walsh, der Chef der französischen Abteilung der Interalliierten Militärkontrollkommission, und General Baupöche, der Leiter der britischen Abteilung, sind heute abend von Berlin nach Paris abgefahren, wo sie den endgültigen Bericht über die interalliierte Generalinspektion überbringen.

Paris, 16. Februar. (WZB.) Havas meldet, daß der Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin über die Entwaffnung Deutschlands infolge einer Verzögerung materieller Art erst Mittwoch vormittag der Botschafterkonferenz übermittelt werden könne.

### Englands Standpunkt.

London, 16. Februar. (WZB.) Reuter erzählt: Man erwartet, daß der Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission über die Frage der deutschen Entwaffnung morgen eintrifft. Soweit die britische Regierung Kenntnis von dem Inhalt des Berichts hat, ist es, wie hier erklärt wird, gänzlich abwegig, von einer nachmaligen Prüfung der britischen Haltung in der Frage der Räumung der Kölner Zone als Ergebnis des Berichts zu sprechen. Die ganze Angelegenheit ist vollkommen klar. Wenn es sich erweist, daß Deutschland seine Verpflichtungen aus den Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages nicht erfüllt hat, so bleiben die britischen Truppen in Köln; wenn andererseits der Bericht das Gegenteil beweist und alles Nötige geschehen ist, so verlassen die britischen Truppen die Kölner Zone. Die in der letzten Note der Alliierten erhobenen Vorwürfe gegen Deutschland gründeten sich auf einen vorläufigen und abgekurzten Bericht des Komitees. Ob der endgültige Wortlaut des Berichts die Lage ändern wird, kann im Augenblick nicht gesagt werden.

## Erleichterung im Saargebiet.

Paris, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Saarbrücken wird gemeldet, daß die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet in Aussicht genommen ist. Die 3000 Mann starke Besatzung soll angeblich durch eine lokale Gendarmarie ersetzt werden, wie sie im Friedensvertrage vorgesehen ist.

## Schutz Zoll und Arbeiterpartei.

London, 16. Februar. (WZB.) Mit großem Interesse sieht man den heutigen Verhandlungen des Unterhauses entgegen, in der Macdonald über die Industrieschutzvorlage sprechen wird. In der von der Arbeiterpartei über diese Frage eingebrachten Resolution heißt es, daß die von der Regierung kürzlich dargelegte Politik zu einem Schutz Zollsystem führen werde und ihrer Meinung nach weder den Handel Englands in seinem Umfang fördern, noch die Interessen der Arbeiterpartei sichern werde. Von den Liberalen ist über diese Frage ebenfalls eine Resolution gefaßt worden. Es wird jedoch als wenig wahrscheinlich betrachtet, daß über die Entschließung der Arbeiterpartei abgestimmt werden wird.

Im Unterhause brachte Macdonald einen Änderungsantrag der Arbeiterpartei zum Industrieschutzgesetz ein. Er sprach sein Bedauern darüber aus, daß er die Debatte über diese Frage eröffnen müsse, ohne daß eine Regierungserklärung dazu vorliege, und stellte die Frage, weshalb die Vorlage dem Hause bisher noch nicht unterbreitet worden sei.



# Der Kaufmann auf Reisen.

Woh! jeder, der nicht im Schlafwagen des D-Zuges die deutschen Lande durchfährt, wird auf seinen Fahrten Mitglieder jener großen Gemeinschaft angetroffen haben, die von den Geschäftsreisenden gebildet wird. Man findet sie allenthalben, in den großen, wie in den kleinen Städten; in letzteren, sofern sie nicht aus sonstigen Gründen, wie z. B. als Kurort, stärkeren Fremdenverkehr haben, treten sie naturgemäß in besonders Erscheinung. Kinder der kapitalistischen Epoche, werden sie auch erst mit dieser von der Bildfläche verschwinden.

## Der Reisende von früher.

In den Zeiten des Reisebüros pflegten die Kaufleute den Transport ihrer Waren selbst zu leiten, höchstens überließen sie Verwandten oder langjährig erprobten Angestellten diese gefährliche Arbeit. Die Mitte des 18. Jahrhunderts etwa bezeichnet die Umwälzung im binnendeutschen Kaufmannsleben: die verhältnismäßig ruhige Zeit von dem Siebenjährigen Kriege bis zu Napoleons Kriegszügen sah eine Vermehrung der Bevölkerung eine Erstarkung und Verbreiterung der Kaufkraft, eine Ausdehnung der Fabrikfähigkeit, die dem Handel und Wandel neue Bahnen vorschrieb. War bisher jede handwerklich hergestellte Arbeit sozusagen eine individuelle Leistung, so brachte die maschinelle Herstellung Typenarbeit von gleicher Güte und damit war die Handhabe gegeben, dem fern von dem



Der Reisende früher

Erzeugungsort lebenden Abnahmestellen Muster vorzuweisen, deren später auf die Bestellung hin gefertigten Geschäften diesem Muster durchaus gleichen. Nun war es nur nötig — bei den damals geringen Verkehrsmöglichkeiten keine leichte Sache! — die Muster von Ort zu Ort zu tragen, um Geschäfte über das ganze Land hin zu machen. Geringe Verkehrsmöglichkeiten und schlechte Straßen! Die Postwagen blieben oft stehen: das einzelne Pferd trabte eher längs des

bodenlosen Weges. So entstand der Musterreiter, dem noch Friedrich Reuter in der Erinnerung an die in Stavenhagen verlebte Jugendzeit ein drastisches Willkommen geboten hat: „Ungefähr monatlich einmal zog kollektiv ein einsamer Probenreiter auf bugeltem Gaul in die Tore der Stadt ein und erkundigte sich in ergötlichem ausländischen Dialekt bei einem Strohenjungen, etwa bei mir, nach dem einzigen Gasthof des Städtchens. Unter uns Rangieren entspann sich dann ein lebhafter Streit, wer den Fremden zu Tolls, später Schmidt, später Beutel, später Rämpfer, später Kossel, später Holz, jetzt Closen, geleiten sollte, bis wir uns zuletzt denn darüber vereinigten, ihm sämtlich das Komitat zu geben, dem sich dann noch einige ältere Personen angeschlossen und darüber debattierten, ob dies derselbe sei, der vor einem Jahre, oder vor drei Jahren die Stadt beglückt habe.“

Mit der Errichtung des Landes durch die Eisenbahn verschwand natürlich der „Proben-“ oder Musterreiter von den Straßen, die inzwischen sich ja auch in Chausseen umgewandelt hatten.

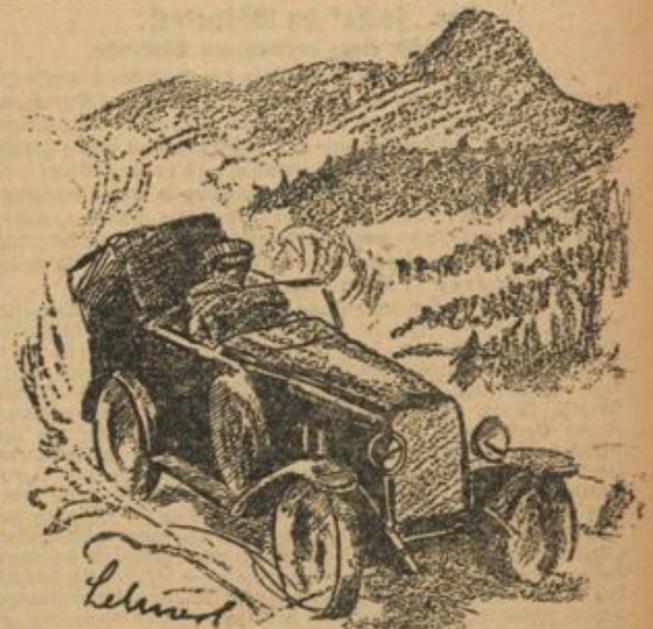
## Ein bißchen Weltflugheit.

Wie der Professorensch, so wird auch der wahre Geschäftsreisende zu seinem Berufe „geboren“. — „Berpjuschte Existenzen“ (um das dumme Bismarcksche Wort zu gebrauchen) können gerade so wie in der Presse „geborene“ Reisende werden. Aber im allgemeinen wird natürlich der Bildungsgang des Geschäftsreisenden sich in den regelmäßigen Linien der kaufmännischen Erziehung bewegen, denn die Grundlage seiner Erfolge muß die Brauchkenntnis sein. Der Detailkaufmann, an den er sich wendet, hat eine feine Witterung für Güte und Gangbarkeit der offerierten Waren; er ist, da er ja von mehreren Beratern derselben Branche „besucht“ wird, wohl in der Lage, Vergleiche zu ziehen. Selten Neuerungen darf der Reisende nun nicht bloß allgemeine Redensarten entgegennehmen, sondern er muß imstande sein, aus der Kenntnis seiner Branche heraus seiner Ueberzeugung von der größeren Güte seiner Ware zum Siege zu verhelfen. Weitere Eigenschaften, die dem Talente für die Reisefähigkeit eigen sein müssen, sind: Arbeitsfreudigkeit (auch vor einem mehrmaligen erfolglosen Vorprachen darf man nicht zurücktreten), angenehmes äußeres Wesen (also keine extravagante Toilette und „Gent“-Manieren), Geschick zum Reden (nicht zu viel, aber auch nicht zu wenig) und damit verbunden eben jene Weltflugheit, die das eigene Verhalten dem schnell zu durchschauenden Charakter des Gegenübers anpaßt. Jener Kunde will rein sachlich verhandeln, ein anderer liebt es, die Einfachheit des Klein-Stadtlebens durch ein fröhliches Plaudern und Witzergößen unterbrochen zu sehen, ein dritter, der vielleicht das größte Geschäft am Ort hat, wird durch die den Tatsachen dann auch entsprechende Bemerkung, daß man ihn zuerst — und eventuell: allein — besuche, zur Eröffnung der Debatte gebracht, was betonmäßig immer das schmerzliche ist. Hat der Reisende erst einmal festen Fuß gefaßt, so sind es dann wohl wirklich materielle Gründe, wie in der durchlebten jüngsten Zeit, wenn die Geschäftsverbindung mal weniger lukrativ ausfällt. Bielschach bleibt der „Reiseortel“ (um auch diese populäre Bezeichnung mal zu erwähnen) an dem Orte über Nacht, und da hat er dann abends gute Gelegenheit, die Vertrauensstellung bei dem Kundenkreis zu besetzen. Wohl dem, der über gefällige Talente verfügt — interessant erzählt wird ja jeder können, der weitgereist ist, aber Geschicklichkeit in der Führung kleiner Zauberkunststücke verleiht einen besonderen Ruf, der dem Geschäft nicht abträglich ist. Selbstverständlich darf ein solch obenstehendes Zusammenkommen nicht zum Gesagte ausarten, das meist später die Vertrauensstellung zum Kunden beeinträchtigt.

## Die andere Vertrauensstellung.

Der Geschäftsreisende ist die vollständige Vertretung des Geschäftsinhabers; mit ihm abgeschlossene Geschäfte sind bindend. Das Vertrauen, das der Chef daher dem Reisenden schenken muß, hat aber auch wiederum viele Vorteile für ihn: der Reisende wird nicht nur etwaige Mißverständnisse beseitigen, sondern auch sich der Kreditbeobachtung widmen, ja auch bestrebt sein, ungewisse Posten rechtzeitig einzuziehen. In diesen Fragen spielt das angeborene kaufmännische Talent eine Hauptrolle: der Reisende muß sich seiner Aufgabe als „Schlichter“ in dem ganzen Komplex der geschäftlichen

Fragen bemüht sein. Auch die Aufrechnung der Spesen ist Vertrauenssache. Man unterscheidet zwischen festen Spesen, Erlauf der Reisekosten, „Rund“spesen, wie auch das Gehalt sich bald als festes, meist aber wohl als Grundgehalt plus Provision darstellt. Eine kurz vor dem Kriege gemachte Aufstellung ergab einen Spesenlohn von 15 bis 18 M. für die mit Katalogen und Musterbüchern Reisenden, von 22 bis 35 M. für die von Koffern (50 bis 150 Kilo-



Der Reisende jetzt

gramm) begleiteten. Bei Mitnahme schwerer Koffer steigern sich namentlich die für den Ortstransport aufzuwendenden Kosten. Daß der Beruf des Geschäftsreisenden nicht gerade zu denen gehört, die eine Lebensverlängerung garantieren, ist begreiflich. Jedem Wetter ausgesetzt sein, aus warmen Rupees und Räumen in Kälte und Regen hinausgehen, unregelmäßig essen müssen, viel sprechen usw. sind Faktoren, die einen kräftigen Körper voraussetzen, soll die Gesundheit nicht leiden. Auch die Wohlfühl-Einrichtungen des großen deutschen Verbandes zeigen eine starke Beanspruchung. Der Verband reisender Kaufleute Deutschlands umfaßt gegenwärtig 31 000 Mitglieder; er hat seinen Hauptsitz in Leipzig in einem eigenen Hause. Er ist in 121 Sektionen eingeteilt; die Sektion Ebersfeld besitzt ebenfalls ein eigenes Haus. Der Verband wurde 1884 gegründet; 1885 besaß er 1073 Mitglieder. Zum Vergleich mit dem jetzigen Mitgliederstande sei bemerkt, daß 1909 in Preußen 91 322 Gemeindefeuerstellenarten ausgestellt wurden, wovon aber jedenfalls ein Teil auf sogenannten Detailreisende entfiel, die nicht Geschäftsreisende im üblichen Sinne, sondern Verkäufer der mitgeführten Waren sind. Der Verband nimmt nur solche Reisende als Mitglieder auf, die aus dem regulären kaufmännischen erlernten Berufe hervorgegangen sind. Seinem Bemühen ist mancher Fortschritt und manche Erleichterung des Verkehrs zu verdanken; eine Bergünstigung neuesten Datums ist, daß der Verband die Sichtvermerks-Karten für die Einreise nach Oesterreich seinen Mitgliedern verabfolgen kann.

Wir vertischen unseren Reisenden in dem Augenblick, da die Eisenbahn ihren Triumphzug durch die Welt begann. Seitdem sind neue Verkehrsmöglichkeiten durch das Fahrrad, das Automobil, das Flugzeug gegeben. Von ihnen kommt das Automobil vor allem in Frage. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Reisenden zum großen Teil Kundschäft in kleinen Städten haben, die zwar mit der Bahn zu erreichen, aber vielfach untereinander durch keine Bahn verbunden sind, so daß immer eine Rückkehr zur Hauptbahn nötig wird. Man denke nur an die „Sackbahnen“ Bayerns. Da ist natürlich ein Automobil ein rentables Verkehrsmittel für den Reisenden und seine Musterkoffer; vorausgesetzt, daß dies Ge-

# Der Apfel der Elisabeth Hoff.

28] Von Wilhelm Hegelet.

8.

Nie war Elisabeth mit Rysed einen Abend ausgegangen, ohne am nächsten Tage zu versuchen, ihren Mann durch verdoppelte Fürsorge und Zärtlichkeit für die Stunden der Einsamkeit zu entschädigen. Aber sie merkte bald, daß er sie gar nicht entbehrte, daß er im Gegenteil froh war, wenn sie ihn allein ließ. Sein seltsames Benehmen machte ihr Sorge. Er, sonst so gültig und gerecht, war in der letzten Zeit gegen die Kinder von einer Reizbarkeit, daß diese sich scheu vor ihm zurückzogen. Was ging in ihm vor? War er krank? Wollte er durch sein Verhalten zu verstehen geben, daß er ihren Verkehr mit Rysed nicht wünschte? Aber auf alle ihre Fragen gab er nur die Antwort: keine Arbeit! Er hatte eine sehr wichtige Arbeit vor, die seine ganze Kraft in Anspruch nahm. Er war nicht krank. Er fühlte sich im Gegenteil in besserer Stimmung als je. Nur gestört wollte er nicht sein.

Elisabeth nahm sich vor, ihn in Ruhe zu lassen. Aber was war das für eine Ehe? Kaum daß sie bei den Mahlzeiten einige Worte miteinander wechselten. Abends ging er später als sie zu Bett, stand morgens vor ihr auf. Ein Fremder, der gezwungenermaßen ihr Schlafzimmer teilte, konnte nicht zurückhaltender sein.

Trotz ihrem Vorsatz ließ sie sich eines Tages von ihrer Erregung überwältigen. Sie bat ihn unter Tränen, ihr zu sagen, was er gegen sie hätte. Er gab dieselbe Antwort wie stets. Fugte einige knappe begütigende Worte hinzu: sie möge nur Geduld haben. Wenn seine Arbeit erst beendet sei, würde alles so werden wie früher. Aber seine Haltung dabei war von unangreifbarer Ferne, sein Gesicht so kalt, in seinen Augen lag ein fast feindseliger Ausdruck — Elisabeth fühlte sich tief verletzt, als wenn er sie noch so rauh angefahren hätte.

Es stand aber so mit Hoff. Die Intubationszeit, deren Dauer schwankte, war fast schon vorüber. Wenn er auch noch keine direkten Anzeichen der Krankheit feststellen konnte, so fühlte er doch die geheimnisvolle Wirkung der Keime in seinem Körper. Er sagte sich, daß es eigentlich seine Pflicht sei, schon jetzt das Krankenhaus aufzusuchen. Aber das hieß, auf die Vollendung seiner Arbeit verzichten. Er hoffte, durch seine Willenskraft die Wirkung des Giftstoffes hinauszuhalten zu können. Aber — und das war seine furchtbare Sorge — barg er nicht jetzt schon Anzeichen der Gefahr in sich? Darum

verursachte die Nähe seiner Frau und seiner Kinder ihm solche Pein.

Eines Nachts wachte Elisabeth auf und fand das Bett ihres Mannes leer. Sie sah nach der Uhr. Es war gegen drei. Einen Augenblick lag sie noch ungeschlüssig. Dann erhob sie sich. Es ging doch nicht an, daß Roland sich durch diese sinnlose Nacharbeit ruinierte.

Leise öffnete sie die Tür seines Arbeitszimmers. Es war dunkel. Ueber der Stuhllehne hing sein Anzug. Er selbst lag halb entkleidet auf der Chaiselongue. Ein solcher Zorn ergriß sie, daß sie ihn wahrütteln wollte. Aber sie dachte an den Abend, da er ihrer werdenden Zärtlichkeit so taß begegnet war. Sie wollte sich nicht Mißverständnissen aussetzen. Wie eine anstehende Kranke meidet er mich . . . dachte sie. Sie blieb sitzen, bis der Morgen herausdämmerte, in sich zusammengelauert, frierend und noch läuter aus ihrem Innern durchfröstelt. Ihr Frauenleben war zu Ende. Sie hatte das Gefühl, ihr Haar wäre ergraut und ihr Körper verweilt.

Am nächsten Morgen erklärte Hoff ihr kurz, er möchte von nun an in seinem Arbeitszimmer ein Nachtlager aufgeschlagen haben. Er fürchte, durch sein spätes Zubettgehen ihren Schlaf zu stören.

„Du störst mich wahrhaftig weniger, als durch solche Maßnahmen.“

„Aber mir ist es so bequemer, ich habe meine Gründe.“

„Wie du willst.“

Das waren die letzten Worte, welche die beiden allein miteinander wechselten. Denn am nächsten Tag lud Rysed Elisabeth und ihre Kinder ein, ihn auf einer Fahrt nach Ruprechtsau zu begleiten. Der Gedanke an Hellborn ließ ihm keine Ruhe. Bielleicht war es ihm möglich, sein Schicksal freundlicher zu gestalten. Jedenfalls hatte er das Bedürfnis, zu erfahren, wie's dem alten Jugendfreund ging. Anfangs hatte Elisabeth Bedenken, als aber Rysed ihr erklärte, eine Begegnung zwischen ihr und Hellborn sei sehr unwahrscheinlich, da das Forsthaus weit außerhalb des Dries lag, willigte sie ein und fragte, ob es ihm recht wäre, wenn sie auch Margret dorthin bestellte?

„Wenn's Ihnen Freude macht, freut's auch mich,“ erwiderte er lächelnd.

Auch Hoff gab seine Zustimmung. In sein versteintes Gesicht kam sogar etwas wie ein Schimmer von Freude, als er diesen Plan hörte.

Nach am selben Abend schrieb Elisabeth an die Schwester und bat sie dringend, nach Ruprechtsau zu kommen.

Am Abend vor der Abreise sprach Rysed noch einmal im Hause vor. Er traf nur den Professor, der auf dem Balkon Luft schöpfte. Es hatte am Nachmittag ein Gewitter gegeben. Noch blühte es in der Ferne. Die beiden sprachen vom Wetter. Rysed beobachtete Hoff. Der Mann sah mitgenommen aus. Ueberarbeitet offenbar.

„Immer noch so fleißig?“ fragte er.

Hoff nickte nur.

„Da wird das neue Serum wohl bald auf den Markt kommen?“

„Es handelt sich um eine rein theoretische Arbeit.“

„Schade. Ich dachte schon, man könnte mit Ihnen ein Geschäft machen.“

„Mit dem, was ich schreibe, wird kaum ein Geschäft zu machen sein. Bielleicht später einmal. Aber ich werde es wohl nicht mehr erleben.“

„Wäre nicht mein Fall, so eine Art Arbeit! Ich will Erfolg sehen.“

„Erfolg? — Wer erlebt den Erfolg seiner Arbeit? Die wenigsten. Wir leben alle von der Vergangenheit und arbeiten für die Zukunft.“

„Eine Ansicht, für die man drüben wenig Verständnis hat.“

„Unsere ganze Zivilisation, alles, was wir haben, das meiste, was wir sind, beruht auf der Arbeit derer, die vor uns waren. Wir genießen ihre Früchte. Da ist es nicht mehr als recht, daß wir selbst für die arbeiten, die nach uns kommen.“

„Ich denke, die Leute vor uns haben vor allem mal an sich gedacht,“ erwiderte Rysed. „Sie haben ihr Glück erstrebt, ihre Freuden gesucht, ihre Dummheiten gemacht und sind sich dabei als ein Gipfel und eine Vollendung vorgekommen. Wären wir alle nur Lasttiere am Wagen der Zukunft, das Leben wäre so grau wie der Pfad, auf dem des Müllers Efel traben.“

„Lasttiere am Wagen der Zukunft — ein unerfreuliches Bild. Und doch, recht verstanden, kann man sich nichts Besseres wünschen.“

„Lieber Herr Hoff, vergessen Sie nur nicht, daß zwischen gestern und morgen das Heute liegt, und veräumen Sie über Ihren Entschluß nicht Ihre Frau und Ihre Kinder. Wenn ich eine junge hübsche Frau hätte wie Sie —“

„Was täten Sie dann?“

„Ich wüßte jedenfalls, was ich täte, und fragte nicht erst.“

(Fortsetzung folgt.)







# Die Anwendung des § 48.

## Ein sozialdemokratischer Erfolg. — Bevorstehende gesetzliche Regelung.

Präsident Eöbe eröffnete die gestrige Sitzung um 3 Uhr 25 Minuten und macht Mitteilung von einem Telegramm der tschechoslowakischen Deputiertenkammer anlässlich der Dortmund-Grubenkatastrophe. Der Präsident teilt weiter mit, daß die Fuhrdenkschrift der Reichsregierung eingegangen ist.

Auf Vorschlag des Präsidenten Eöbe wird der in der letzten Sitzung gefasste Beschluß, für das deutsch-portugiesische Handelsabkommen und das deutsch-österreichische Zusatzabkommen einen besonderen Reichsausschuß einzusetzen, wieder aufgehoben. Sowie auswärtige Angelegenheiten berührt werden, sollen die Vorlagen im Auswärtigen Ausschuß beraten werden, im übrigen sollen sie in dem bereits bestehenden Handelsvertragsausschuß ihre Erledigung finden.

Die Beratung des Antrages Müller-Franken (Soz.) auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten über Aufnahme von Auslandskrediten durch Gemeinden und Gemeindeverbände und den zu dieser Frage eingebrachten sozialdemokratischen Gesetzentwurf wird darauf fortgesetzt. Die Beratung wurde bekanntlich am Sonnabend infolge der Nichtanwesenheit eines Ministers unterbrochen.

Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieben bedauert, daß er an der Sonnabendverhandlung nicht teilnehmen konnte. Der Minister geht dann auf die sozialdemokratische Beschwerde ein, daß diese Materie auf dem Verordnungswege geregelt worden sei. Bereits im November 1924 sei eine Verordnung über die Aufnahme von Auslandskrediten erlassen worden. Erst Mitte Dezember sei es dann gelungen, mit sämtlichen Ländern eine Einigung über die Richtlinien zu erzielen. Nicht aber in allen Ländern steht den Aufsichtsbehörden ein entsprechender Einfluß auf die Gemeinden und Gemeindeverbände zu. Insbesondere unterliegen in Preußen und Sachsen die öffentlichen Verbände nur einer bedingten Aufsicht. Bis Ende Januar konnte damit gerechnet werden, daß bis zum Ablauf der Novemberverletzung am 31. Januar von Preußen und Sachsen entsprechende Gesetze verabschiedet wurden. Infolge der preussischen Schwierigkeiten in der Regierungsbildung wurde diese Hoffnung aber hinfällig. Auch in Sachsen entstanden unerwartet Schwierigkeiten.

Um die unter großen Schwierigkeiten zustande gekommene Einigung nicht wieder zu gefährden, wurde auf Wunsch einiger Länder von einer reichsgesetzlichen Regelung Abstand genommen. Die Reichsregierung ersuchte deshalb den Reichspräsidenten um den Erlass einer Verordnung auf Grund des Art. 48, welche sich lediglich die reichsgesetzliche Regelung gegenüber denjenigen Gemeinden vorbehält, wo von Landes wegen die erwähnte Beizung nicht besteht. Die Verordnung ist in ihrer Dauer beschränkt und gleichzeitig dem Reichstag vorgelegt worden; das ist der beste Beweis dafür, daß eine Umgehung des Reichstages nicht beabsichtigt war. Der Reichstag hat sie auch angenommen. Die Nichtanwendung des Art. 48 würde eine Gefährdung der Währung und damit auch eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit bedeuten können.

Reichsminister des Innern Schiele: Ich möchte einige allgemeine Ausführungen über die Anwendung des Art. 48 folgen lassen. Dieser Artikel ermächtigt den Reichspräsidenten, wenn die deutsche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet wird, die zur Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung notwendigen Maßnahmen zu treffen. Diese Bestimmung enthält somit ein Ausnahmerecht zum Erlaß von Rechtsverordnungen und Einzelmaßnahmen durch den Reichspräsidenten, dessen Voraussetzung lediglich die vom Reichspräsidenten selbst unter verantwortlicher Mitzeichnung des zuständigen Reichsministers festzustellende erhebliche Gefährdung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist.

Artikel 48 enthält dagegen nicht ein sogenanntes Notverordnungsrecht, wie es unabhängig von einer Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für den Fall, daß die gesetzgebenden Körperschaften nicht versammelt sind, beispielsweise die Verfassungen von Preußen, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen und Oldenburg kennen. In den letzten Monaten sind gegen die Rechtsgültigkeit der verschiedenen Verordnungen, die auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen worden sind, ernste Bedenken erhoben worden. Es handelte sich bei diesen Verordnungen um solche auf wirtschaftlichem und finanziellen Gebiet. Es handelte sich bei diesen Verordnungen stets um Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung der Stabilität unserer wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse unverzüglich und unumgänglich notwendig waren. Wären diese Verordnungen nicht erlassen worden, so wäre nach der Ansicht des Reichspräsidenten zu befürchten gewesen, daß unsere wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse insanken gerieten. Dies hätte, wie die Erfahrungen insbesondere des Jahres 1923 gezeigt haben, auch eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bedingt. Um einer Abtämpfung der dem Reichspräsidenten durch den Artikel 48 für die Zeiten von Unruhen in die Hand gegebenen Waffe vorzubeugen, wie sie der heutige Erlaß von Verordnungen auf Grund des Artikels 48 in der letzten Zeit befürchten läßt, ermächtigt die Reichsregierung, dem Reichstag alsbald den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch den der Reichspräsident unter bestimmten Umständen ein Notverordnungsrecht für die Dauer der Abwesenheit des Reichstages gegeben wird.

Der Entwurf eines solchen Gesetzes liegt dem Reichskabinett vor und wird in aller Eile dem gesetzgebenden Körper vorzulegen. Das Reichsministerium des Innern wird sich für seine schnelle Erledigung nach Kräften einsetzen.

Ob die große Reihe von Auslegungssachen, zu der die Anwendung des Artikels 48 geführt hat, durch das in Artikel 48 Abs. 5 vorgesehene Ausführungsgebot restlos geklärt werden kann, ist zweifelhaft.

Diese Schwierigkeiten und Zweifelsfragen beziehen sich vor allem auf den Umfang der Rechte, die der Artikel 48 den zu seiner Anwendung berufenen Stellen gibt, insbesondere darauf, ob durch Ausnahmerechtsmaßnahmen auch noch andere Verfassungsbestimmungen als die in Art. 48 Abs. 2 aufgeführten Grundrechte außer Kraft gesetzt werden können. Sie beziehen sich weiter — und das ist ein wesentlicher Punkt — auf die Frage, wie das Verhältnis zwischen Reichsgewalt und Landesgewalt bei Handhabung des Ausnahmerechts abzuwägen ist. In der ersten Frage dürfte die Reichsregierung an der von ihr schon bisher vertretenen Auffassung festhalten, daß durch Maßnahmen auf Grund des Art. 48 nur diejenigen Grundrechte vorübergehend außer Kraft gesetzt werden können, die in Absatz 2 ausdrücklich aufgeführt sind. Auch zu der zweiten Frage hat die heutige Reichsregierung noch nicht Stellung genommen. Es dürfte ihr aber anständig erscheinen, wie es in der Praxis der letzten Jahre tatsächlich schon der Fall war, den Ländern in Fällen, die ausschließlich das Land selbst betreffen, mehr Spielraum für eigene Maßnahmen zu lassen.

(Hört, hört! h. h. Komm.) und ihnen durch entsprechende Änderung des Art. 48 unter gewissen Umständen in diesem Rahmen das Recht zu

selbständigen Anordnungen zu geben. Grundlos wird jedoch auch hierbei bleiben müssen, daß Quelle des Ausnahmerechts die zentrale Gewalt, der Reichspräsident, bleibt. Ich habe nicht das Recht, mehr darüber zu sagen, bis das Reichskabinett Stellung genommen haben wird.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.): Der Artikel 48 ist nach unserer Auffassung zu Unrecht angewendet worden. Steuerfragen und Aufwertungsfragen sind auf Grund dieses Artikels behandelt worden. Artikel 48 kann jedoch nur angewendet werden, wenn Gefahr für den Staat vorliegt. Wir sind bereit, die Frage im Hauptausschuß zu behandeln. Heute braucht das Reich keine Ausnahmegesetze mehr.

Abg. Dr. Wirth (Z.): Wir sind mit einer Ausschussberatung einverstanden. Wir konnten aber am Sonnabend nicht einfach diese Frage ohne Debatte an den Ausschuß überweisen. Wir mußten die Erklärung der Regierung hören. Wenn die Regierung gegen Gemeinden auf Grund des Artikels 48 vorgehen kann, um

wieviel mehr könnte sie es Wirtschaftsgruppen gegenüber tun? Aber die Wirtschaft hat Auslandsanleihen genommen, und was der Wirtschaft recht ist, muß den Gemeinden billig sein. Ein amerikanischer Antizyklusprospekt läßt interessante Einblicke zu. Ich begrüße deshalb den Antrag auf Aufhebung der Verordnung. Die Regierung hat zentralistische Bestrebungen gegenüber den Ländern und Gemeinden. Dogmen hat die Rechte früher immer opponiert. Der Abg. v. Frenyagh-Boringhoven hat selbst eine Interpellation über die Anwendung des Artikels 48 eingebracht und es ist sehr interessant, daß gerade der jetzige von rechts kommende Minister das Vorgehen der Regierung gegen die Gemeinden verteidigen muß. (Zwischenruf rechts.) Aus meiner Amtszeit als Reichstagspräsident werden Sie keinen Fall eines Eingriffes gegen die Selbständigkeit der Gemeinden anföhren. Die Sachen gehen sich eben anders an, wenn man in der Opposition ist. (Zwischenruf rechts: „Sie stehen also jetzt in Opposition?“) Auf diese Frage kann ich nur antworten:

„Ja, ja und noch einmal ja!“

Der Abg. Schmidt-Stettin hat eine Anfrage eingebracht, warum das Besoldungssperregesetz noch nicht aufgehoben ist. Ich will aber nicht kritisieren, ich bin mit der Ausschussberatung des angeführten Gesetzentwurfes einverstanden, aber dabei darf es nicht bleiben. Eine Selbständigkeit der Gemeinden in Kreditoperationen würde dem Kreditmarkt sehr nützlich sein. Die Reichsregierung ist hier also zu zentralistisch gewesen. Die Regierung in ihrer neuen Fassung hat den Mut gehabt, diesen scharfen Eingriff in die Gemeindefinanzen zu tun. Eine Gefahr im Verzuge lag doch gewiß nicht vor. Die Sache hätte durch Gesetz geregelt werden können. (Beifall beim Zentrum und links.)

Abg. Graf Westarp (Dnat.): Wir sind mit der Beratung dieser Frage und des Gesetzentwurfes im Hauptausschuß einverstanden. Bemerkenswert ist der von Herrn Wirth unterlegte Vorschlag der Sozialdemokraten gegen die Anwendung des Artikels 48. Diese Anwendung entspricht durchaus demjenigen, mit der früheren Regierungen mit sozialdemokratischen Ministern den Artikel 48 auf Wirtschaftsangelegenheiten angewendet haben, z. B. mit einer Verordnung vom 13. Oktober 1922, genehmigt Bauer, über die Devisenspekulation, sowie mit einer Verordnung des Finanzministers über die Sache unterhalten. (Beifall rechts.)

Abg. Seiffert (Reizoz): Ich schließe mich den beiden Vorrednern an (Stürmische Heiterkeit), insofern ich es auch nicht für richtig halte, den Artikel 48 bei jeder Gelegenheit anzuwenden. Man soll nicht mit Kanonen schießen, wenn auf der anderen Seite keine Kanonen stehen. (Heiterkeit.) Es kann den Gemeinden nicht gestattet werden, nach ihrem Belieben Anleihen im Ausland aufzunehmen. Im Inland sind die Kreditgeber die Sparer, und diesen muß durch die Aufwertung geholfen werden. Dann sind drei Milliarden

Spartkapital vorhanden. Dann brauchen wir das Ausland nicht und brauchen nicht Artikel 48 gegen die Gemeinden anzuwenden. Sind dann gehen nicht die Zinsen ins Ausland, sondern bleiben im Inland und stärken unsere Wirtschaft. Wir haben jetzt den Jahrestag der dritten Steuerreformordnung, die im ganzen Lande große Erregung verursacht hat. Im Wahlkampf ist die Aufwertung versprochen worden, möge das Volk nicht wieder getäuscht werden!

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) ist mit der Ueberweisung der Anträge an den Hauptausschuß einverstanden.

Abg. Dr. Wirth (Z.) bemerkt gegen den Abg. Graf Westarp, daß mit der von ihm angelegenen Verordnung von 1922 hier gar nicht operiert werden könne. 1922 und 1923 seien fast ausschließlich Notstände und die Gefahr von Unruhen vorhanden gewesen. Es werde nicht gelingen, die Aufnahme einer kommunalen Anleihe im Ausland unter das Rubrum einer erheblichen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu bringen.

Abg. Graf (Soz.) spricht seine Befriedigung darüber aus, daß die Frage endlich einmal im Hauße die Würdigung gefunden hat, die sie verdienen. Eine so ausschließlich formale Begründung, wie sie der Finanzminister für die Notwendigkeit der Verordnung gegeben hat, könne unter keinen Umständen anerkannt werden. Das Reich habe unterlassen, auf Preußen rechtzeitig einzuwirken.

Die Anträge gehen an den Hauptausschuß. Das Haus tritt in die Spezialberatung des

Haushalts des Reichsverkehrsministeriums für 1924 und 1925 ein.

Abg. Dr. Dusaak (Dnat.) erstattet den Bericht des Hauptausschusses. Er stellt in seinem Bericht fest, daß nach Uebernahme der Reichseisenbahn durch die neue auf Grund des Dawes-Gutachters gebildete Reichseisenbahn Aktiengesellschaft der Tätigkeitsbereich des Verkehrsministeriums wesentlich eingeschränkt sei. Als Berichterstatter kritisiert er sehr scharf, daß der Reichstag auf die wichtigsten Vorgänge bei der Reichseisenbahn, auf ihre Wirtschaft und Verkehrspolitik wie auf die Personalverhältnisse keinen Einfluß mehr habe. Er verlangt tatkräftige technische Reformen bei der Reichsbahn, weil anders die verlangten Ueberhöffe nicht herausgewirtschaftet werden könnten.

Reichsverkehrsminister Dr. Koenig bemerkt diese Gelegenheit zu einer ersten Vorstellung. Er warnt davor, die Reichsbahn nicht von vornherein zum Kampfgelände zu machen. (Zustimmung links.) Meinungsverschiedenheiten werden ja möglich sein, aber ich will das enge Zusammengehen mit der Reichsbahn pflegen. Die Reichsbahn steht im Mittelpunkt des Interesses, daß es unmöglich sein wird, daß sie sich der Kritik der Öffentlichkeit entziele. In bezug auf die Wasserstraßen wird mein Ministerium in den bisherigen Bahnen fortzuschreiten. Sollten Schwierigkeiten in den Tariffragen entstehen, so werden wir zeigen können, daß man mit einem starren Prinzip nicht durchkommt und daß es auch andere Verkehrsmöglichkeiten als die Reichsbahn gibt. Erlaßen Sie es mir, Söhnen ein Wasserstraßenprogramm zu entwickeln. Alle übrigen Verkehrsmöglichkeiten müssen zusammengefaßt werden. Ein Reichsverkehrsminister kann sich doch auf die Dauer nicht in Wasserstraßen ergehen. In den letzten dreißig Jahren ist eine Differenz zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsverkehrsministerium hinsichtlich des Ausbaues der Wasserstraßen nicht nötig gewesen. Die Länder müssen beruhigt werden über die Wahrung ihrer Landesinteressen. Ein enges Zusammenarbeiten zwischen den Landesverwaltungen und der Reichsverwaltung ist erforderlich. Um die

Begriffsbestimmungen im Luftverkehr kämpfen wir jetzt. Wir hoffen, daß man einsehen wird, daß man auch im Luftverkehr ohne Deutschland nicht auskommen kann. Im Kraftwagen dürfen wir keinen Luxus mehr sehen, sondern müssen ihn als Verkehrsmittel betrachten.

Nach der Rede des Ministers wird auf Vorschlag des Reichspräsidenten Dr. Bell die Beratung abgebrochen. Ein scheinbarer Antrag der Kommunisten auf sofortige Haftentlassung des verhafteten Abg. Thälmann wird dem Geschäftsordnungsausschuß zur schleunigen Berichterstattung übermiesen.

Dienstag 2 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Haushalts des Verkehrsministeriums. Schluß nach 8 Uhr.

# Die Mordpläne der Tschekisten.

## Ein Zwischenfall beim Verhör. — Die Fahrt nach Stuttgart.

Der Angeklagte Neumann schildert weiter, daß sein Partner ihn im Stich gelassen habe und daß nach seiner Ueberzeugung die Absicht vorlag, ihn im Gefängnis zu erledigen.

Neumann erklärt hierzu, daß bei seiner Frau ein Herr in Begleitung eines Kommunisten, Walter Kullisch, erschienen sei und erklärt habe er komme im Auftrage von Schoda, dem Leiter des 13. Bezirks.

Vorf.: Worauf bezogen sich denn Ihre Briefe an Ihre Frau? Angekl.: Ich hatte ursprünglich erfahren, daß von der Partei Dr. Samter mir als Anwalt bestimmt werden sollte. Als er aber nichts von sich hören ließ, fragte ich oftmals bei meiner Frau an, wie es denn mit dem Anwalt wäre. Trotzdem habe ich wochenlang von einem Anwalt nichts gesehen und schließlich auf einen solchen verzichtet.

R.-A. Dr. Samter: Ist Ihnen nicht bekannt, daß ich das Mandat abgelehnt habe? Neumann: Nein, wohl aber, daß Sie sich im Untersuchungsgefängnis Monbit erkundigt haben, ob ich denn noch nicht von Stuttgart dorthin übergeführt worden sei.

Im Anschluß hieran kam es zu längerem Auseinandersetzen, da R.-A. Dr. Samter die Richtigkeit dieser Darstellung bestritt und R.-A. Dr. Wolf sehr erregt erklärte, daß weder von der Verteidigung noch von der Partei irgendeine Beeinflussung des Angeklagten versucht worden sei.

Dann wurde in der Vernehmung fortgefahren.

Vorf.: Die Munition, die Sie auf der Reise nach Süddeutschland bei sich führten, ist diese nicht in Dumdumgeschosse umgewandelt worden?

Angekl.: Ja wohl. Margies hatte den Vorschlag gemacht. Da von meiner Seite widersprochen wurde, sind die Spitzen der Patronen abgefeilt worden.

Vorf.: Waren Sie sich dessen nicht bewußt, daß diese Dumdumgeschosse für diejenigen, den Sie trafen, die größte Gefahr bedeuteten, daß sie wahnsinnige Schmerzen hervorriefen?

Angekl.: Es war mir bekannt, aber ich mußte auch, daß alle Gruppenmitglieder auch noch andere Pistolen bei sich trugen, die sie ja evtl. gebrauchen konnten. Ich habe auch immer streng darauf geachtet, daß die Tat selbst niemals von Margies vorgenommen werden sollte.

Vorf.: Margies soll Boege gegenüber den Plan entwickelt haben, er wolle nachts bei Arenz einbrechen, ihm den Hals durchschneiden und dann einige Sachen aus der Wohnung stehlen, damit es aussehe, als ob es sich nicht um ein politisches Verbrechen, sondern um einen Raubmord handele.

Gegen diese Art der Fragestellung protestiert R.-A. Dr. Wolf mit dem Hinweis, daß dadurch eine subjektive Beeinflussung

des Angeklagten zu befürchten sei. Die Auseinandersetzungen, die sich über diese Frage zwischen dem Vorsitzenden und der Verteidigung entspinnten, wurden plötzlich durch einen Zwischenfall unterbrochen. Witten in den Erörterungen springt der Angeklagte Margies plötzlich von seinem Platz auf und schreit, ohne den Vorsitzenden auch nur zu Wort kommen zu lassen: Herr Vorsitzender, Sie nehmen da etwas aus der Aktage heraus, was ja gar nicht wahr ist. Das muß hier mal gesagt werden. Sie wollen doch der Presse Material liefern. Ich verlange, daß Boege sofort über diese Unterredung vernommen wird.

Vorf. (sehr scharf): Wenn Sie sich noch einmal so ungebührlich aufführen, dann lasse ich Sie sofort in Haft abführen.

Angekl. Neumann: Von dem Gespräch zwischen Margies und Boege in Heidelberg ist mir nichts bekannt. In meiner Anwesenheit hat jedenfalls Margies einen derartigen Vorschlag nicht gemacht.

Hierauf trat eine kurze Pause ein.

Nach der Pause schilderte Neumann die Weiterfahrt nach Frankfurt, wo er mit dem militärischen Oberleiter für Süddeut. Erich Wollenberg, zusammentrat, der ihn nach

### weitere Aufträge

erteilt habe, nämlich die Erledigung des Kriminaloberwachmeisters Schlotter in Stuttgart und des württembergischen Innenministers Bolz. Schlotter sei der größte Kommunistenjäger und müsse unbedingt erledigt werden, während auf Bolz alle Schreckensurteile gegen Kommunisten in Württemberg zurückzuführen seien. Er sei der größte Feind der kommunistischen Partei in Württemberg und seine Erledigung sei von größter Bedeutung für die R.D. Deshalb müsse es bei dieser Aufgabe bleiben. Er, Wollenberg, habe schon früher die Absicht gehabt, Bolz zu erledigen und habe ihn auch schon beobachten lassen, doch sei dieses Unternehmen wieder zurückgestellt worden. Auf eine weitere Frage des Vorsitzenden erklärte der Angeklagte, er wisse, daß Wollenberg in der Münchener Kaiserpublik eine Rolle gespielt und sich auch in Königsberg für die Partei betätigt habe.

Vorf.: Stand er mit der Zentrale in Verbindung?

Angekl.: Ich weiß nur, daß er als militärischer Leiter mit dem „Revlo“ in Verbindung stand, und zwar unterhielt er mit diesem einen regen Schriftwechsel. Er hatte auch ein Wort in der politischen Oberleitung von Süddeut., die der Zentrale unterstand.

Reichsanwalt Neumann: Hat Wollenberg nicht einen württembergischen Kriminalbeamten erschossen?

Angekl.: Eine Sitzung der militärischen Funktionäre von ganz Württemberg wurde verraten. Zwei Beamte traten mit vorgehaltenem Revolver in den Saal. Als einer der Beamten fortging, um Verfürzung zu holen, veranlaßte Wollenberg den Mord an ihm.

liegenden Genossen, der als einziger eine Waffe bei sich trug, den in der Tür stehenden zurückgebliebenen Beamten niederzuschießen, was dieser auch nach einiger Zeit tat, worauf alle Teilnehmer der geheimen Versammlung die Flucht ergriffen. Von diesem Vorgang habe ich von Kersch mündlichen Bericht erhalten und Wollenberg hat mir das auch in Frankfurt bestätigt. Der Angeklagte Neumann schildert dann weiter, wie er Poegel und Margies nach Heidelberg delegiert habe, um Jaucher zu erledigen, während Reus und Szon nach Stuttgart fahren sollten, um Weigel zu beobachten. Die beiden letzteren sollten auf Mitteilung des Wollenberg von einem gewissen „Wolff“, der in Wirklichkeit Ernst Günther hieß, in Stuttgart an die richtige Stelle geführt werden, wo sie ihre Arbeit aufnehmen konnten.

**Vorj.:** Herr Rechtsanwalt, schwebt ein Verfahren gegen Ernst Günther?

**Rechtsanwalt Neumann:** Ich weiß nur, daß er flüchtig ist und wir haben nicht gegen alle flüchtigen Verfahren eingeleitet.

**Vorj.:** Was war mit der Erledigung des Jaucher gemeint?

**Angell:** Es bedeutet, daß er getötet werden sollte und ich glaube, daß auch die beiden betreffenden Mitglieder der Gruppe das so verstanden haben. Weigel dagegen sollte in Stuttgart nur beobachtet werden und die beiden sollten warten, bis ich nach Erledigung der Autoangelegenheit von Frankfurt nach Stuttgart kam.

Auf mehrfachen Vorhalt, daß er den Auftrag den Spigel Weigel zu befehlen, an Reus und Szon weitergegeben habe, und daß er diese Dinge in der Voruntersuchung ganz anders dargestellt habe, erklärt der Angeklagte Neumann, daß er Reus in Frankfurt über den Auftrag unterrichtet habe, daß Weigel befreit werden solle. Weigel soll aber vorläufig nur beobachtet werden.

**Vorj.:** An wen sollten sich Ihre Leute in Stuttgart wenden? War nicht ein Verbindungsmann des Wollenberg dort, ein gewisser „Rebhuhn“?

**Angell:** Mit „Rebhuhn“ habe ich mich erst später in Verbindung gesetzt.

Wie Rechtsanwalt Neumann hierauf mitteilte, schwebt gegen Ernst Günther wie gegen die anderen Mitglieder des Württembergischen Militärkopies der KPD, bereits die Voruntersuchung. Günther sei auch vom Standgericht München im Juli 1919 wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 1 Jahr 9 Monaten Festungshaft verurteilt worden.

**Vorj.:** Wo wollten Sie sich in Stuttgart nachher treffen?

**Angell:** Ich hatte von Wollenberg eine Wohnung zugewiesen erhalten. Dort lernte ich den Angeklagten Dienert kennen, der den Decknamen „Rebhuhn“ führte. Auch „Wolff“ (Ernst Günther) und ein dritter Unbekannter kam noch hinzu. Auf meine Frage, wie es um Weigel stehe, wurde mir versichert, daß dieser ein großer Spigel sei. „Rebhuhn“, der Nachrichtenleiter war, erklärte weiter, daß man Weigel beobachten lasse, aber nicht genau wisse, ob er anwesend sei. Er habe meinen beiden Gruppenmitgliedern noch den König, der den Namen „Jakob“ hatte, zur Untersuchung gegeben. In der Wohnung des angeklagten Ehepaars Vesniffe kam dann Neumann mit dem ihm vorangeleiteten Szon und Reus zusammen.

**Vorj.:** Sie sollen sehr unzufrieden gewesen sein, daß Ihre Leute sehr wenig getan hatten.

**Angell:** Nein, ich war nur unzufrieden, daß wir zur Erledigung dieser Angelegenheiten nach Stuttgart geschickt worden waren, während das betreffende Objekt dieses Planes gar nicht anwesend war. Szon hatte in der Wohnung Vesniffes ganz unzweideutig erfahren, daß Weigel befreit werden sollte, dagegen war das Ehepaar bei dieser und auch bei den folgenden Besprechungen fast nie zugegen.

Hierauf trat eine längere Pause ein.

Rauf der Pause wurde in der Erörterung des Aktenplans gegen den angeblichen Spigel Weigel in Stuttgart fortgesetzt. Während der Beobachtung des Hauses Weigels wurde auch die der Wohnung des Kriminaloberwachtmessers Schlötter in Stuttgart von den Mitgliedern der E-Gruppe durchgeführt. Schlötter, so erklärte Neumann, war als gefährlichster Kommunistengegner über die Grenzen Württembergs hinaus bis nach Baden hinaus bekannt, und ich teilte meinen Genossen in der Gruppe mit, daß ich Befehl hätte, ihn zu befehlen.

**Vorj.:** Inzwischen müssen Sie doch auch Nachricht aus Heidelberg oder Rannheim bekommen haben?

**Angell:** Ich beauftragte Mörsner, nach Rannheim zu fahren, um Margies und Poegel zu fragen, wie weit sie mit der Sache aus Heidelberg gekommen seien. Mörsner kam zurück mit der Mitteilung, Poegel habe ihm erklärt, die Beobachtung Jauchers habe ergeben, daß dieser kein Spigel sei. Darauf habe ich Poegel und Margies sofort telegraphisch nach Stuttgart kommen lassen. Am 18. Februar kam König in unsere Wohnung in Stuttgart und berichtete, daß Szon bei der Beobachtung der Wohnung Schlötters von dem Kriminalwachmeister selbst verhaftet worden sei, während es ihm, König, gelungen wäre, rechtzeitig die Flucht zu ergreifen. Ich hatte den Verdacht, daß

König den Szon der Polizei in die Hände gespielt hätte.

Jedenfalls brachen wir zunächst die Beobachtung der Wohnung Schlötters ab. Am Nachmittag dieses Tages kamen Poegel und Margies von Heidelberg und erläuterten mir Bericht. Sie erzählten, Jaucher sei kein Spigel. Ich war auf jeden Fall ärgerlich, daß ich hier wieder einen Auftrag erhalten hatte, der sich wieder als nicht stichhaltig erwies.

**Vorj.:** Sie sollen gelangt haben, solche Sache gibt es nicht wieder. Sie halten Poegel und Margies nicht nach Heidelberg geschickt, um zu untersuchen, sondern um zu liquidieren. In Zukunft verlangen Sie prompte Ausführung Ihrer Befehle.

**Angell:** Neumann: Nein, das habe ich nicht gesagt.

**Vorj.:** Hat sich Poegel denn nicht angeboten, sofort nach Heidelberg durchzufahren und Jaucher zu erledigen?

**Angell:** Das war drei Tage später. Poegel sagte, wenn ich ihm den direkten Befehl geben würde, dann würde er auch unter diesen Umständen den Fall Jaucher durchführen. Ich erkannte aber seine Bedeutung als stichhaltig an und lehnte das ab, denn

ich betrachtete unsere Organisation nicht als Mordorganisation, sondern als eine politische Organisation, die die Aufgabe hatte, politische Gegner der Partei zu erledigen.

Der Fall Jaucher war damit erledigt. Inzwischen hatte ich die Auffassung bekommen, daß Reus nicht mehr recht bei der Sache war. Meine Leute waren überhaupt ungehalten über den

angehenden Kostenaufwand.

der ihnen durch diese Reisen erwuchs, besonders war das aber bei Reus der Fall, von dem ich den Eindruck hatte, daß er nach einem guten Einwand suchte, um sich aus der Geschichte herauszuziehen. Ich wollte ihn zur Rede stellen und empfahl ihm den Austritt aus der Gruppe, womit sich Reus auch einverstanden erklärte. Er nahm Abschied von uns und kehrte am nächsten Tage mit Mörsner, der von Berlin Geld holen sollte, nach Rannheim zurück.

**Vorj.:** Von wo sollte Mörsner das Geld holen?

**Angell:** Er sollte sich mit dem Reichskurierleiter Klemm deswegen in Verbindung setzen. Ob er das Geld von Klemm persönlich bekommen oder ob er mit „Bismuth“ gesprochen hat, weiß ich nicht. Jedenfalls kam er wenige Tage später mit dem gewünschten Betrag wieder. Inzwischen hatte ich erfahren, daß der gesuchte Weigel Mitglied der kommunistischen Fraktion des Fabrikarbeiterverbandes war, dem auch Vesniffe angehörte.

**Angell:** Vesniffe (unterbrechend): Von wem hat Neumann denn das erfahren?

**Neumann:** Von König.

**Vorj.:** Wer war denn von Ihrer Gruppe noch zusammen?

**Angell:** Neumann: Poegel, Margies, König als noch nicht offizielles Mitglied, während Dienert nicht Mitglied war, sondern für den Nachrichtendienst sorgte. Weigel sollte nun zu einer Sitzung der kommunistischen Fraktion dieses Verbandes im Gewerkschaftshaus durch Vesniffe geladen werden, jedoch ist Vesniffe über unser Vorhaben nicht unterrichtet worden. Wir sagten ihm, wir wollten lediglich Weigel kennen lernen, um ihn beobachten zu können. Margies, Poegel und ich wollten in der Nähe des Gewerkschaftshauses König erwarten, der uns Nachricht bringen sollte, ob Weigel an der Versammlung teilnahm. In diesem Fall sollte Vesniffe mit Weigel das Gewerkschaftshaus verlassen, sollte sich dann aber von ihm trennen. Dann sollte König und Poegel dem Weigel folgen und ihn an einer geeigneten Stelle erledigen.

**Vorj.:** Sollten Sie ihn tödlich schlagen?

**Angell:** Die Art der Ausführung war jedem Einzelnen überlassen. Margies und ich wollten die Deckung der beiden übernehmen, während Mörsner an einer bestimmten Stelle mit dem Kraftwagen warten sollte, damit nach Vollbringen der Tat die Mitglieder der Gruppe Stuttgart sofort verlassen konnten.

**R. H. Dr. Simon:** Diese Sitzung des Fabrikarbeiterverbandes war schon vorher anberaumt worden und nicht eigens zu diesem Zweck.

**Angell:** Neumann: Das kann sein. Inzwischen hatte ich König vorläufig beobachtet lassen, aber keinen Anlaß zu irgendeinem Verdacht gefunden. Daraufhin habe ich ihn offiziell in die Gruppe aufgenommen und ihm zunächst einen Barschuß im Betrage von 20 M. und später die restlichen 40 M. gegeben. Bei dieser Gelegenheit habe ich ihn auch verpflichtet, allerdings ohne ihm die schriftliche Formel vorzulegen, weil ich diese schon in Berlin vernichtet hatte. Ich legte ihm Geheimhaltung aller Auiträge und sonstige Tätigkeiten der Gruppe um. auf und teilte ihm mit, daß Verrat mit dem Tode bestraft würde. Entsprechend unserer Verabredung wurde der Plan eingeleitet, aber Weigel kam nicht in die Versammlung, worauf wir diesen Plan ließen, doch ging die Beobachtung Weigels weiter. Ich erfuhr, daß bei Szon von der Polizei eine Karte Weigels beschlagnahmt worden war, die dieser aus Vorrat an seine Frau geschickt hatte. Aus diesem Grunde widmeten wir uns in erster Linie der Beobachtung Schlötters, von dem wir in Erfahrung gebracht hatten, daß er viel in einem Lokal „Arche Noah“ verkehre.

Am 14. Uhr nachmittags wurde die Verhandlung auf Dienstag früh 9 Uhr vertagt.

## Wirtschaft

### Der Geldwucher, Deutschlands Unglück.

Genosse Kurt Heintz schreibt uns:

Wir sind mitten in einer Entwicklung, die dahin führt, daß Deutschlands Wirtschaft in größtem Ausmaße sich dem Zustande verschuldet. Unsere Zahlungsbilanz für das vergangene Jahr ist nur dadurch ins Gleichgewicht gekommen, daß die Welt uns erhebliche Geldmittel zuführte. Es ist falsch, wenn immer betont wird, daß es sich hierbei um Vorgänge handele, die notwendigerweise aus unserer Wiedergutmachungspflicht und aus der Durchführung des Dawes-Guthagens entstehen müßten. Entscheidend ist vielmehr, daß die deutschen Banken in der gewissenlosesten Weise Geld wuchern treiben. Unsere Großunternehmer, auch die Kommunen, ja, die gesamte Wirtschaft, erhalten heute im Auslande billigeren Kredit als bei irgendeinem deutschen Bank! Der Uebelstand hat sich schon so weit eingetreten, daß auch auf dem Baumarkt die deutschen Hypotheken wegen ihrer hohen Zinsverpflichtungen abgelehnt und statt dessen lieber im Ausland Hypotheken aufgenommen werden.

Unsere patriotischen Banken behaupten, daß sie ihre Kredite nicht billiger, als sie es bisher getan haben, hergeben können. Dabei besteht die Lausade, daß sie für Guthaben schon wieder lächerlich niedrige Zinsen zahlen. Die Differenz zwischen Kreditzinsen und Debitzinsen, die auf allen möglichen Umwegen durch die deutschen Geldherren künstlich groß gehalten wird, ist auf dem Wege, die Wirtschaft und auch die Währung erneut zu zerstören!

Der Abbruch unserer Handelsbilanz, die ja nur ein Teil unserer Zahlungsbilanz ist und auch die Zahlungsbilanz selbst für das vergangene Jahr zeigen übereinstimmend, auf welche gefährlichen Weg der Geldwucher der deutschen Banken uns treibt.

Unsere Handelsbilanz für das Jahr 1924 gab eine erschütternde Abwärtsziffer: Wir haben im vergangenen Jahr für 2,75 Milliarden Goldmark mehr eingeführt als ausgeführt. Die Gründe dazu sind von verschiedener Art. Es hat im vergangenen Jahr eine außerordentliche Anfüllung der Rohstoffbestände stattgefunden. In der Annahme — die sich überdies als richtig erwiesen hat —, daß nach dem 10. Januar 1925 im besonderen mit Frankreich ein Handelskrieg beginnen würde, hat ein starker Boreinkauf an Waren stattgefunden. Es hat im vergangenen Jahre außerdem ein starker Bedarf an Nahrungsmitteln bestanden. Weiter hat die Mobilisierung der verschleierten Auslandsguthaben handelswirtschaftliche Auswirkungen gehabt. Die vielen kurzfristigen Auslandskredite haben ebenfalls den Import beeinflusst, und daneben spielten zeitweise auch die günstigen Weltmarktpreise für die Einfuhr eine Rolle.

Untersuchen wir nun diesen Tatbestand einmal unter dem Gesichtspunkt unserer Zahlungsbilanz, denn die riesenhafte Passivität unserer Handelsbilanz muß doch in der Zahlungsbilanz durch Geldeinnahmen gedeckt worden sein.

Die Passivseite unserer Zahlungsbilanz enthält zwei große Posten, der eine ist der schon erwähnte Betrag des Einfuhrüberschusses, der andere ist der Betrag, den die Reichsbank im vergangenen Jahre in Gold und Devisen aufgesammelt hat.

Bei der Betrachtung unseres Einfuhrüberschusses in Höhe von 2,75 Milliarden Goldmark müssen rund 500 Millionen Mark abgezogen werden, die nichts anderes sind als Goldzufuhr für Rechnung der Reichsbank. Es verbleibt also für die Zahlungsbilanz von 1924 ein geldlich zu deckender Einfuhrüberschuß von rund 2,2 Milliarden Mark. Die Reichsbank hat es verstanden, im vergangenen Jahre als Unter-

lege für die von ihr kontrollierte Währung sich ein Gold- und Devisenpolster von etwa 1,7 Milliarden Mark anzulegen.

Woher sind jene Summen gekommen? Bei der Feststellung der folgenden Zahlen ist man nahezu ausschließlich auf Schätzungen von Finanzfachverständigen angewiesen. Sie rechnen damit, daß im vergangenen Jahre aus deutschem Privatbesitz etwa für 700 Millionen Mark Devisen nach dem Auslande abgegeben worden sind. Weiter nimmt man an, daß aus den sonstigen zurückgehaltenen Devisenreserven unter dem Druck der vorsichtigen Kreditgeberung der Reichsbank etwa 1800 Millionen Mark flüssig gemacht wurden. Damit ist aber das Defizit unserer Handelsbilanz, unsere Mehreinfuhr und die neugeschaffene Reserve der Reichsbank noch nicht bezahlt gewesen. Das fehlende Geld hat Deutschland im vergangenen Jahre durch seine erheblichen Auslandskredite erhalten, sie werden alles in allem auf etwa 1400 Millionen Mark geschätzt.

Im neuen Jahre hat der Zustuß an Auslandskrediten nicht nachgelassen, er ist eher stärker geworden. Es sei mir daran erinnert, daß im Januar dieses Jahres in New York Dollarobligationen großer deutscher Industriekonzerne wie Thyssen, Siemens, Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und A. G. Sächsische Werke aufgelegt worden sind, die für sich allein schon mindestens 150 Millionen Mark neuen Auslandskredit nach Deutschland hereinzuführen werden. Diese Überflutung Deutschlands mit ausländischem Gelde hat jetzt schon in der Regel seinen Grund nicht darin, daß die deutschen Banken für gleich große Kredite leistungsfähig wären, sondern darin, daß der Auslandskredit, der Balkalkredit, billiger ist als der deutsche Goldmarkkredit.

Es muß als ausgeschlossen erscheinen, daß deutsche Private jetzt noch erhebliche Devisenhamsterrreserven im Inlande oder Auslande besitzen. Wenn die Geldpolitik der deutschen Finanzherren sich nicht ändert, wenn dadurch die Konjunktur weiter auf fallendem Wege bleibt, dann wird Deutschland auch in diesem Jahre wieder zu einer riesenhaften passiven Handelsbilanz kommen und das fehlende Geld für den Einfuhrüberschuß wird wieder und in noch größerem Umfange als im Vorjahre durch ausländische Kredite gedeckt werden.

Begn jene Entwicklung muß mit aller Energie gekämpft werden. Wann findet sich endlich der Staatsanwalt, der den Mut aufbringt, Bankdirektoren wegen Geldwucher, wenigstens erst einmal in Untersuchungshaft zu nehmen? Es scheint aber, daß es für unser Zufuß einfacher ist, den Reichspräsidenten wegen „Landesverrat“ zu verfolgen und „betrogene Betrüger“ festzusetzen, als etwas zu tun, das für das Gesamtwohl Deutschlands sich als sehr nützlich erweisen würde.

Wir brauchen aber auch eine positive Handels- und Wirtschaftspolitik. Die hohen deutschen Zinssätze wirken wie Soggruppen, die das ausländische Kapital hereinziehen. Hinter ihm strömen ausländische Waren hinzu. Wir brauchen eine Umkehr grundsätzlicher Art in der Einstellung der Regierung. Es muß endlich aufhören, daß man dauernd nach dem Weltmarkt giert. Gesund wird unsere Wirtschaft nur und auch der Weltmarkt wird wieder für die deutschen Waren erschlossen, wenn wir als Fundament zuvor einen kaufkräftigen Inlandsmarkt geschaffen haben. Erst auf der Basis eines hohen inländischen Konsums wird sich eine gesunde Exportfähigkeit der deutschen Industrie ergeben.

Das stärkste Hindernis gegen diese Entwicklung sind neben den niedrigen Löhnen und Gehältern die wucherisch hohen Bankzinsen. Die geringe Kaufkraft des Volkes und die hohen Warenpreise, deren Ursache nicht zuletzt der Geldwucher der Banken ist, wirken wie eine „Sphäre“, die die Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft zerschneidet. Der Geldwucher ist Deutschlands Unglück. Und die Regierung tuther unermüdet nichts, um das zu verhüten. Es wird hohe Zeit, daß sie verschwindet!

**Berliner Handelsgesellschaft.** Als erste der Berliner Großbanken erhebt die Berliner Handelsgesellschaft mit ihrer Abwärtsbilanz auf der Höhe. Sie hat im Jahre 1924 bei einem Grundkapital von 22 Millionen Mark einen Rohgewinn von 10 Millionen Mark erzielt und kann damit zirka 50 Proz. des Aktienkapitals als Gewinn buchen. Der Reingewinn befreit sich auf 2,56 Millionen Mark, von denen ein Teil zur Ausschüttung einer zehnprozentigen Dividende verwendet werden soll. Die Gewinne sind in der Hauptfache aus Zinsen, Wechsel und Devisen erzielt, ein Beweis, daß die Kreditgeschäfte des abgelaufenen Geschäftsjahres der Gesellschaft einen abnorm hohen Ertrag brachten und daß im Interesse einer Gesundung des Wirtschaftslbens ein Abbau der Zinshöhe ohne eine Beschränkung der Gewinne der Großbanken sehr zu erwägen wäre. Provisionen erbrachten zirka 4 Millionen Mark, während aus Effekten und Konfortialgeschäften, ein Zeichen für den geringen Umfang des Börsengeschäftes, 704 000 M. erzielt wurden. In Verwaltungskosten inklusive Lantienmen sind 5 145 000 M. verbucht, d. i. gegenüber 1913 etwas mehr als das Doppelte. Allerdings sind bei dem zum Vergleich herangezogenen Betrag von 1913 im Gegensatz zu heute die Lantienmen nicht enthalten. Nach Zeitungsberichten sind davon 3,6 Millionen Mark reine Personalkosten, während auf Gratifikationen und Lantienmen 820 000 M., also etwa ein Drittel des Reingewinnes, entfallen. Die Bilanz ist derart aufgestellt, daß man die Gewinne der Geschäftsinhaber und höheren Beamten nicht mit der Vorkriegszeit vergleichen kann, weil damals die Lantienmen aus dem Reingewinn gezahlt wurden. Die steuerlichen Leistungen mit 2 000 000 Mark sind im Verhältnis zu den erzielten Beträgen sehr gering. Bei der Beurteilung der Liquidität der Bank darf man nicht außer acht lassen, daß im Gegensatz zu der Vorkriegszeit Anlagen auf lange Sicht fast gar nicht vorkommen und daß auf der anderen Seite selbst die bestbelegten Kredite immer noch ein Risiko in sich bergen, insofern als bei Insolvenzen Deckungen nicht immer gleich in bar Geld umgewandelt werden können. Die fremden Gelder, d. i. die Einlagen bei der Bank, haben eine ganz ansehnliche Steigerung erfahren. In den Kreditoren sind starke ausländische Guthaben vorhanden und unter den Inlandsgläubigern befinden sich sowohl Kredite aus der Rentenbank als auch öffentliche Gelder. Jedenfalls hat, das ist aus den Zahlen klar ersichtlich, das Bankgeschäft im Jahre 1924, besonders in der letzten Hälfte einen erheblichen Aufschwung genommen. Dieser Aufschwung dürfte anhalten, zumal jetzt an der Börse wieder größere Umsätze erzielt werden und zumal auch die deutsche Wirtschaft starken Bedarf an Betriebsmitteln hat, die ihr im Wege des Kredits zur Verfügung gestellt werden. Von der Erfüllung dieser letzteren Aufgabe durch die Banken hängt die weitere Gestaltung unseres Wirtschaftslebens ab.

**Eine polnische Anleihe in Amerika.** Das amerikanische Bankhaus Dillon Read u. Co. teilt mit, daß der Betrag mit der polnischen Regierung auf Gewährung einer Anleihe im Betrage von 35 Millionen Mark, vom polnischen Gesandten unterzeichnet werden wird. Wie verlautet, sollen die Anleiheurteile beträchtlich unter Pari angeboten werden und der Zinssatz 8 Prozent betragen.

# Fischer & Wolff

Spandauer Str. 10  
Ecke Kaiser-Wilhelm-Strasse

# Orient- und Deutsche Teppiche

Läuferstoffe  
Teppichrollenware  
Bettvorleger, Felle

Möbelstoffe  
Moketts und Seidenstoffe  
Dekorationsstoffe

Gardinen  
Tisch- und Diwanddecken  
Stepp- und Daunendecken

## Sexualität und Kriminalität.

Von Justus.

Die innige Beziehung zwischen Kriminalität und Sexualität, d. h. zwischen dem Verbrechen und dem Geschlechtsleben des Menschen, ist jedem Einsichtigen ohne weiteres klar. Sie in jedem einzelnen Falle aufzudecken ist nicht allein für den Richter, der über das Schicksal seiner Mitmenschen zu entscheiden und für den Schutz der Gesellschaft zu sorgen hat, von höchstem Werte, sondern auch für den Pädagogen, der sich um die Erziehung der jungen Menschenkinder in Freiheit, und für den Kriminalpädagogen, der sich um die sittliche und soziale Hebung der ihm anvertrauten Häftlinge bemüht. Diese innigen Beziehungen bestehen nicht allein bei sexuellen Delikten im eigentlichen Sinne des Wortes, d. h. bei Eingriffen in die Geschlechtsfreiheit des Mitmenschen, sei es mit oder ohne Gewalt; es gibt fast keine Verbrechenart, hinter der unter Umständen als letzte Ursache, manchmal völlig unbewußt, der Geschlechtstrieb nicht lauert. Oft bedarf es der ganzen praktischen Erfahrung und wissenschaftlichen Kenntnisse des Arztes, um die Zusammenhänge bloßzulegen. Ab und zu liegen sie aber auch selbst für den Uneingeweihten klar auf der Hand.

Läßt man die mannigfachen Verbrechen: wie Mord und Totschlag, Meineid und Betrug, Unterschlagung und Erpressung, Heiratschwindel und Hochstapelei, Brandstiftung und Diebstahl usw. an sich vorüberziehen, vertieft man sich in die Verbrechen und Gerichtschronik, so hört man immerfort auf ihren sexuellen Hintergrund. Man kann wirklich sagen, daß der Sexualtrieb, auch in bezug auf die Rolle, die er im Verbrechen spielt, nach dem Selbsterhaltungstrieb der zweitstärkste ist.

In manchen Fällen hilft die Kenntnis des sexuellen Ursprungs des Verbrechens ihnen vorzubeugen, so z. B. durch Hinüberleitung über die Sexualreife. Dort aber, wo das Verbrechen auf der sexuellen Konstitution des Menschen beruht, ist guter Rat teuer. Dies ist bei der Häßlichkeit des Mannes unter dem aggressiven Weibe und der übertriebenen Häßlichkeit des an und für sich schon durch seine Natur passiven Weibes unter dem Rame der Foll. Jener wie diese werden unter Umständen als Instrumente für das Verbrechen mißbraucht. Die Erscheinung der Häßlichkeit führt somit bereits in die Ugründe der Sexualwissenschaft, sie ist ohne die Kenntnis der im Geschlechtsleben herrschenden Gelehe nicht verständlich. Der häßliche Mann ist selten Rollmann, da aggressives Weib kann als Mannweib gelten. Diese feilschen Eigenschaften beruhen jedoch auf gewissen inneren Prozessen, auf Absonderung bestimmter Sekrete durch eine Reihe von Drüsen. Die neuesten Forschungen, besonders die von Steinach, haben den endgültigen Beweis für diese Tatsache erbracht. Durch Einpflanzung entsprechender Keimstoffe jung kastrierter Männchen in Weibchen gelang es ihm, Weibchen in Männchen und beide in Zwitler zu verwandeln, je nachdem er einen Hoden, einen Eierstock oder Teile vom selben übertrug. Die gleiche Erscheinung besteht beim Menschen. Je nach der Art der inneren Sekretion sind die Geschlechtsmerkmale, die die Stärke und Richtung des Geschlechtstriebes und die sexuelle Ausprägung desselben bedingt. Von der Drüsentätigkeit ist die sexuelle Anlage abhängig, d. h. die Konstitution des Individuums. Diese endgültig feststehende sexuelle Theorie kann am besten an einem Beispiel, das Dr. Magnus Hirschfeld in seinem Buche „Sexualität und Kriminalität“ anführt, verständlich gemacht werden. Eine Köchin in Stockholm, die an Lungenerkrankung gestorben war, zeichnete sich bei Lebzeiten durch ihr männliches Gebaren, eine besonders tiefe Stimme, Bartwuchs, dunkelste Haare und heftige Abneigung gegenüber männlichen Wesen, gegen männliche Bemerkungen und Annäherungen aus. Die Sektion forderte bei ihr einen Hodenektomie zuzuge. Ihre Drüsen hatten trotz der weiblichen Körperform der Köchin ihre Männlichkeit verursacht. So erklärt sich auch der Trieb der Transsexuellen, Kleider des anderen Geschlechts anzulegen. Nur aus dieser Erscheinung der inneren Sekretion heraus sind die sogenannten Zwischenstufen der Männer mit weiblichem Einschlag im Triebe und der Frauen mit männlichem Einschlag zu verstehen.

Mein die Kenntnis der Gelehe des sexuellen Lebens gestattet eine richtige Beurteilung des § 175, der die gesellschaftliche und gesetzliche Achtung einer großen Anzahl von Menschen zur Folge hat. Die gleichgeschlechtliche Liebe mit allen ihren Ausprägungen, durch die sexuelle Konstitution verursacht, ist nicht schlechter, geschweige denn strafbarer als die zum anderen Geschlecht. Andererseits bedingt die Tätigkeit oder ein Ausfall in der Tätigkeit der Drüsen gewisse innere Zustände, die sich kriminell auswirken können. Die Ausfallerscheinung führt zum Infantillismus, d. h. zum Stehenbleiben auf einer kindlichen Stufe, verbunden mit kindlichen Äußerungen im Geschlechtsleben. Manches Sittlichkeitsverbrechen an kleinen Kindern findet so seine Erklärung. Die Sexualtriebe sind ihrerseits auf eine gestörte Tätigkeit der Drüsen zurückzuführen. Sie bedingen auch eine Frühreife, die unter Umständen sich in Sittlichkeitsverbrechen ausleben kann. Schließlich kann die Tätigkeit der Drüsen gewissermaßen Vergiftungserscheinungen und Krankheitszustände hervorrufen.

## Ungebuldig.



„Noch kein Landesvater, keine Orden, kein Krieg, keine Sozialverfolgungen, keine Uffwertung und keine Friedensmieten — ja Himmelsgewitter, woju ham wa denn eejentlich deutschnational jehöhrt?“

Man spricht dann von einer Hypererotik, die sich im Drang zu jederzeitiger Betätigung äußert. Ist er mit Sadismus verbunden, so führt er zu Vergewaltigungen und zu Lustverbrechen — man denke an Großmann und Harmann. Ebenso kann der gestörte Sexualstoffwechsel, der durch eine übertriebene Abstinenz verursacht wird, zur Quelle von Sittlichkeitsverbrechen werden. Unter den weiteren Sexualverbrechen verdienen noch die der Feilschheit besonders erwähnt zu werden. Ihre krankhafte Vorliebe für bestimmte Eigenschaften des begehrten Typus, für ihm gehörende Gegenstände führen nicht selten zu Gewalttätigkeiten — so bei Zopfabsehneidern. Ueber alle diese Erscheinungen spricht Dr. Magnus Hirschfeld ebenso anregend wie populär in seinem neuen Buchlein „Sexualität und Kriminalität“.

Die Kenntnis der wahren Ursprünge des sexuellen Verbrechens, wie auch die richtige Wertung dessen, was als sexuelles Verbrechen bezeichnet werden soll, muß auch in die breite Masse der Bevölkerung dringen. Einerseits spielt das Geschlechtsleben eine viel zu große Rolle, als daß über dasselbe hinweggegangen werden könnte, andererseits wird noch allzu viel hinsichtlich der Behandlung von Sittlichkeitsverbrechen gefündigt. Man glaubt sie durch Strafe, Gefängnis und Zucht haus beeinflussen zu können. Man vergißt dabei, daß in Wirklichkeit die einen nur durch etwaige Heilmethoden, die anderen durch operative Eingriffe, die auf die Drüsentätigkeit einwirken, die dritten allein durch befähigende Forderung unschädlich gemacht werden können. So entsteht durch die hergebrachten Anschauungen immer wieder neues Unheil. Die weitere Entwicklung der Sexualwissenschaften wird gewiß segensreich auf das Gebiet der Kriminalpolitik einwirken.

## Wie der Mime „in seinem Bau“ spricht. Etwas von der „Theaterprache“.

Die Theaterfaison steht augenblicklich in ihrer üppigsten Blüte. Abends flüchten in den Theatertempeln unzählige Zuhörer und Zuhörerinnen klopfenden Herzens den Darbietungen und wenn sie dann nach Schluß der Vorstellung „des Gutes voll“ in der Fülle der gewonnenen Eindrücke heimwärts wandern, dann kommt es wohl über sehr viele von ihnen wie eine Art Heimweh nach jenen Stätten ewig sprudelnder Ideale und nach denen, deren Leben — wie sie es auffassen — ein stetes Hin- und Herpendeln zwischen königlichen Idealbildern darstellt.

In Wirklichkeit sieht die Sache aber doch wesentlich anders aus. Auch der Schauspieler — selbst wenn er sich längst zum Barnab der sogenannten Prominenten erhoben hat — ist und bleibt eben auch nur ein Mensch von Fleisch und Blut, und wenn der begeisterte Lausch oder Oberbetendener wüßte, wie menschlich, oft allzu menschlich sein Held und Abgott im „Himmelchen“ erscheint, so würde sein hochgepannter Idealismus dadurch vielleicht einen starken Stoß erleiden.

So beispielsweise, wenn er erfährt, daß die von ihm auf die Bühne gefandten Lorbeerkränze und Blumensträuße von den Rimmen gewöhnlich höchst despektierlich als „Ruhmesgummi“ bezeichnet werden, daß der Darsteller, der vom Publikum bejubelt und applaudiert wird, „Klaunenfest“ ausgeteilt hat, daß aber andererseits das Publikum, das kühl bleibt und keinen Beifall spendet, nach dem Schauspielerjargon — o pfui, wie unpöflich — „auf den Pfoten sitzt“.

Aber auch die eigenen Standesangehörigen werden von den Rimmen mit allerlei kernigen Ausdrücken gekennzeichnet. So wird der Theaterdirektor mit Vorliebe „Intelligenzpächer“, „Klavenhalter“ oder auch nur „Er“ genannt; die Frau Direktor heißt kurz und bündig „Sie“ und eins der Direktorkinder, auch wenn es längst erwachsen ist, nur „Es“. Die Schauspieler aber werden „Sein Volk“ genannt. Der Souffleur muß es sich gefallen lassen, als „Kastengeist“ bezeichnet zu werden, (nicht dafür aber die Genugtuung, daß die Rimmen von dem Souffleur, der sich gar zu sehr auf den mittelstimmigen Kastengeist verläßt, verächtlich behaupten, „er schwimmt“). Der Inspektor, der früher und wohl auch hier und da heute noch hinter der Bühne Büch, Donner und Kampfgelächter zu markieren hat, führt die Bezeichnung „Trommelwirbel“. Eine kleine Bühne wird „Rudoltopf“ genannt, und daß dem Rimmen wirklich so leicht nichts heilig ist, erhellt man daraus, daß er selbst die größte und gefeiertste Bühne mit Vorliebe einen „großen Rufenstall“ nennt.

Aus alledem folgt, daß der Bühnenheld nach der Vorstellung den Königspurpur und den Hohenrödeln mit genau demselben Behagen und derselben Burschlichkeit ablegt, wie wir gewöhnlichen Sterblichen nach des Tages Wähen in unsere Hausjoppe schlüpfen und genau so ein Mensch ist wie wir alle.

Blumen, die gegessen werden. Während wir die Blumen nur mit den Augen genießen, gibt es Länder, in denen man sich an ihnen auch mit dem Gaumen erfreut. Besonders die Blumenzwiebeln bieten begehrte Leckerbissen dar, und es sind eine ganze Reihe solch seltener kulinarischer Genüsse, die im neuesten Heft der „Garten Schönheiten“ in einem Aufsatz zusammengestellt werden. Seltenerweise gehören die meisten der ehbaren Blumenzwiebeln der wundervollen Familie der Lilien an. Die Urbewohner Japans, die Yokus, sind noch heute mit ihrer Pflanzenernährung fast ganz auf eine Art der Kieselnüsse angewiesen, deren wichtigster Nährstoff — wie bei allen ehbaren Kieselnüssen — Stärke ist. Die Tigerlilie, die Kori-yuri der Japaner, wörtlich „Kochlilie“, bedeutet für sie dasselbe wie für uns die Kartoffel. In Westchina werden Lilien, die bei uns wegen ihrer Schönheit berühmt sind, nur mit Rücksicht auf den Kochtopf gezogen und sogar die Blüten gelten als Delikatesse. Die Camassia, eine Zwiebelpflanze, die in untern Ländern allzu selten angepflanzt wird, bietet den Indianern Nordamerikas eine Hauptnahrung, und die Bereitung des „Kamach“ ist mit uralten Zeremonien und Bräuchen verbunden. Durch Kochen der Zwiebeln auf erhitzten Steinen wird ein feines Mehl gewonnen, aus dem man ein wohlschmeckendes, nahrhaftes Brot bereitet. Auch die Pflanze Lewisia rediviva, die ein lieblicher Schmutz unserer Gärten ist, wird von den amerikanischen Rothhäuten als Leckerbissen angesehen, und die gleiche Vorliebe zeigen sie für die Zwiebeln der Pflanze Calochortus.

## Der Roman einer Ehe.

Von Iwan Heibul.

In einem Vorfrühlingsmorgen sah ich im Park auf einer weißen Bank. Vor mir, auf seinen Pfoten, lag Jock, mein kleiner weißer Hund. Er streckte die feuchte Nase in die Vormittagssonne, die durch noch kalte Reste Strahlen schickte. Ich sah in meinem Wintermantel vergraben. Gibt es schon Knospen? Wo bleibt der Frühling? Windstöße reihen von Zeit zu Zeit an meinem Hut. Man sieht hier einjam wie in einem Wadde und ist doch inmitten der großen Stadt.

Zwei Menschen — es ist wohl ein Ehepaar — grüßen und sehen sich an meine Seite. Ich möchte sie unaufhörlich betrachten, etwas Besonderes ist ihnen Wesen eigen. Hochgewachsen der Mann mit breitem, blankem Gesicht schlank und dunkelhaarig die Frau. — Das sind zwei Menschen, mußte ich denken, die ein innerer Beruf zusammenbindet — aber ihr Schicksal hat ihrer Vereinerung nicht Sorge getragen. Ein tiefer Ernst gräbt seine Fugen in den zarten Ausdruck der Jugend.

Sie sahen eine Weile ohne zu reden. „Wie zierlich der Hund“, sagte dann die Frau. Und später: „Wie lange haben wir Zeit, hier zu sitzen?“ „Eine Viertelstunde höchstens“, sagte der Mann mit den nachdenklichen dunklen Augen. „Wenig Zeit berechnest du für den Heimweg?“ „Eine halbe Stunde, Liebe.“ „Erwartest du heute viele Patienten?“ „Nicht mehr als üblich — und das ist nicht viel, du weißt... Aber ich werde trotzdem nicht verfehlen, pünktlich zu sein.“ „Steh dir den Hund an, Arthur. Dies kleine Wesen.“ Ich berührte mit einem Zweiglein, das ich vom Boden nahm, ein Ohr meines Hundes geschickt von der Seite, so daß er der Meinung sein mußte, es wäre die Frau gewesen, die ihn am Ohr gekitzelt. Er warf den Kopf herum und sah zu ihr auf. „Sieh dir die Augen“, logte sie. „Soch ein Tier zu besitzen... Nicht wahr?“ Der Mann antwortete nicht. Vielleicht achtete er auf einen Vogel, der auf dünnkurzen Beinen im Sande hin und her sprang. Dann sagte er: „Es geht aber nicht.“ — Er hatte also über ein Hundchen nachgedacht, ersahst, bis jetzt. „Das wirst du immer behaupten, Arthur — es geht nicht.“ — und ich werde niemals anfragen, unglücklich zu sein.“ „Nein, ich begreife dich nicht, Clara. Du mußt doch verstehen, daß eine Praxis, bürglich wie meine —“

„Sie ist nicht so dürftig. Du bildest es dir ein. Du bist zu gewissenhaft. Ich besorge mich nicht, daß uns das Glück einer sorglosen Ehe verjagt bleibt. Du hast von Anfang an keinen Zweifel darüber bestehen lassen, was uns, in einer Verbindung für immer, erwarten müßte. Nun gut — habe ich denn deshalb ein einziges Mal zu Boden geknickt? Deshalb gewinkt? Aber da ist ein ganz anderer Wunsch, ein dringenderes Verlangen als nach Wohlstand und Freude... Aber du bist zu gewissenhaft, mir das zu erfüllen. Du begriffst nicht das Glück und das Unglück, das mir Erfüllung oder Verzicht bedeuten. Du bist nicht befreit vom Gedanken, Vater zu werden, wie ich vom Willen befreit, Mutter zu sein.“

Es gab mir einen Kuss bei diesen letzten Worten. Und dann wagte ich mich zu rühren. Bei allem, das ich gehört hatte, war ich — wenigstens verwundert — der Meinung gewesen, es handelte sich um den Kauf eines Hundes, zierlich und weiß wie der meine, der zu ihren Füßen spielte und sie einmal angesehen hatte. Sehr tief steckte ich meinen erdenden Kopf in den Mantel, beschämt von der naturfremden Wunschlosigkeit meines eigenen Daseins. Vor diesem Willen, der da sprach, schienen ich mir nichtsbedeutend vor Gott und Menschen. Und dazu kam... Es ist die unbarmherzige Strafe einer sauberen Seele gegen sich selber die Empfindung der eigenen gefühllosen Reugier, die so gern eine nackte Seele betrachtet.

„Ihr Frauen verliert den Ueberblick über Wirklichkeit und Notwendigkeit, wenn dieser Urtrieb euch einmal ergreift“, sagte der Mann. „Ist dieser Urtrieb denn weniger Wirklichkeit als —“ „Es ist eine Frage unserer Existenz, ob —“ „Unserer Behaglichkeit. Du schust es ab, meiner Glückseligkeit deine Sicherheit aufzuopfern.“ „Unserer Stäherheit.“ „Jock“, sagte ich leise, stand auf, grüßte nebenbei nach der rechten Seite und ging. Jock folgte langsam.

Ein Jahr und ein halbes sind vergangen seit jenem Morgen, als ich die Klage einer Frau beaufschte. Jetzt wird es wieder Winter. Als ich vor etwa zwei Stunden dies Lokal betrat (in welchem ich jetzt den Roman einer Ehe schreibe), band ich Jock hinter mir an meinen Stuhl fest. Zu seinem Wohlbehagen hatte ich mich in die Nähe des Ofens gesetzt, ich las in der Zeitung, bis der Kellner unser Abendessen brachte. Wenn es so weit ist, springt Jock auf, stellt die Füße auf meine Knie und sieht mich an. Dann essen wir Kartoffeln, Gemüse und Brot.

Das Restaurant war von Menschen gefüllt. Am Schankisch drängen sie sich, an den Tischen saßen sie mit gestreckten Rücken, um über dem Bier die Köpfe zusammenzutun. Ich hatte aber einen unbeflegten Tisch gefunden, dicht neben der kleinen Kapelle, die in

der Ecke Viola, Cello, Brummhoh und Trommel spielte. Es ist so meine Gewohnheit, nach einem Lische zu suchen, an dem noch niemand Platz genommen hat. Finde ich keinen, verlasse ich das Lokal. Kommt aber ein Gast an meinen Tisch — das kümmert mich nicht.

Eine große männliche Gestalt, die unerschütterlich zu warten schien — ich war eben damit beschäftigt, eine in Butter gemälzte Kartoffel vor Jocks Nase zu halten, seine Augen funkelten und die Nase tanzte, setzte sich ab die Delikatesse in seinen Mund... Die große dunkle Gestalt sah mich beharrlich an. Ich blickte ihn an. „Darf ich mich an diesen Tisch setzen?“ fragte er. Ich verbeugte mich.

Es war jener junge, ernste Mann, der damals im Park an meiner Seite gesessen hatte. Aber sein Gesicht war verändert. Die Nachdenklichkeit war aus den Augen gewichen, es war, als wüßte er nun, was ihn damals gereizt hatte, zu erfahren. Und diese Erfahrung gab ihm das Aussehen eines verzweiferten Menschen. Die Brauen waren hochgezogen, das verursachte die schmerzhaften Falten der Stirn, das franke Köheln der Augen. Der Mund war verkniffen, trotzdem lächelte er auf eigene Weise.

Er blieb in seinem schwarzen Mantel, das bleiche, breite Gesicht war noch bleicher, breiter als ehemals. Er sah mit einem starren Blick vor sich hin. Immerfort schien er über seine Erfahrung zu lächeln, die linke Hand war in die Manteltasche gesteckt, die rechte schlug leise kurze Takte auf der Tischplatte vor ihm.

Der Kellner kam. Ohne den Kopf zu bewegen, sagte er: „Wein.“ Der Kellner grüßte mich an mit einer Geste, die sagen sollte: er ist nicht gesund im Kopf. — Ich beschäftigte mich mit Jock, der mit den Vorderpfoten noch immer auf meinem Schenkel stand.

„Ja“, sagte der Mann und trank. Ich sah ihn an. Als er es von den Lippen nahm, hielt er mir das Glas für einen kurzen Augenblick verbindlich entgegen. Ich wurde rot und verbeugte mich. Jock etwas mollig ich sagen, etwas recht Nebenächtliches natürlich, ich suchte danach. Und sagte... „Erkennen Sie mein Hündchen wieder, mein Herr?“

Die Frage riß ihn aus seiner gleichgültigen Haltung auf, er beugte sich vor und betrachtete Jock. Jock hob den Kopf noch etwas höher und blühte starr, beinahe entsetzt den Menschen an, der ihn so peinlich betrachtete. Plötzlich kniffte er.

Der Mann schüttelte langsam den Kopf. Dann sah er mich an und sagte: „Rein...“

„Sie heißen Arthur“, sagte ich. Er starrte mich an. „Und haben eine Frau, die Klara heißt.“ Bei dem Namen rief seine Stirn in die Höhe. Darauf sah er da wie von Stein. Er lächelte ganz trü. (Fortf. folgt.)

